

Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg



Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte
Heft 12

- Halle 2002 -

Impressum: Die Hallischen Beiträge zur Zeitgeschichte erscheinen in loser Folge.
Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper
Redaktion: Daniel Bohse (v. i. S. d. P.)
ISSN: 1433-7886

Druck: Druckerei der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Kröllwitzer Straße 44, 06120 Halle (Saale)

Inhalt

Hagen Jahn

*Jugend, Musik und Ideologie. Zur Geschichte der FDJ-Singebewegung.....*5

Frank Hirschinger

*Die Prozeßakte Dr. Harald Krüger – die Verstrickung der Landesheilanstalt Altscherbitz in die Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ während des Zweiten Weltkrieges.....*29

Daniel Bohse

*„Das Wegtragen von tragenden Säuen wird stark diskutiert.“ Der Mansfelder Seekreis in politischen Stimmungsberichten der Jahre 1945-1947.....*48

„Das Wegtragen von tragenden Sauen wird stark diskutiert.“¹ Der Mansfelder Seekreis in politischen Stimmungsberichten der Jahre 1945-1947

von Daniel Bohse

„Vor einigen Tagen wurde auf dem Gute von Wedel in Piesdorf ein Schwein von 170 kg unter Gewaltanwendung von einem russischen Offizier entnommen. Dieser Offizier war in Begleitung eines Zivilisten und zweier Soldaten. Sie erklärten, sie holten das Schwein für die GPU...“²

In der heutigen Zeit würde ein solcher Vorfall wohl in der Lokalpresse für Aufsehen, unter der Bevölkerung für Verwunderung, wenn nicht sogar Erheiterung sorgen. In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde der Diebstahl eines Schweins keinesfalls als relativ unbedeutendes kriminelles Delikt abgetan. Vielmehr handelte es sich um ein Politikum ersten Ranges und einen Vorfall, wie er im Sommer 1945 keinen Seltenheitswert besaß.³ Und glaubt man den Berichten der Landräte des Mansfelder Seekreises, Werner Eggerath⁴ und Paul Glaubrecht,⁵ wurde das eh schon gespannte Verhältnis der Bevölkerung zur russischen Besatzungsmacht durch derartige Vorkommnisse stark in Mitleidenschaft gezogen. Jedoch standen Diebstähle und „Beschlagnahmungen“ durch Angehörige der Roten Armee

¹ Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Merseburg (im folgenden LAMer), Rep. K, Kreisverwaltung Eisleben, Nr. 83, Bl. 1.

² Ebenda, Bl. 4.

³ Berichte über durch Angehörige der Roten Armee verübte Verbrechen fanden sich bis 1948 häufig. In der öffentlichen Diskussion waren derartige Vorfälle jedoch tabuisiert, wollte man sich nicht wegen sowjetfeindlicher Propaganda verhaften lassen. Im Vorfeld der im Herbst 1946 durchgeführten Wahlen wurde das Problem von Besatzungsmacht und SED auch politisch als solches thematisiert. Vgl. Staatliches Archiv der Russischen Föderation (im folgenden GARF) 7133/1/274, Bl. 189ff.

⁴ Werner Eggerath (1900-1977), 1924 KPD, 1932 KPD-UB-Ltr. Wuppertal, Okt. 1932-1934 Leninschule Moskau, ab 1934 illegale KPD-Landesleitung, 1935 inhaftiert, 1945 KPD, seit Juni 1945 in Eisleben, dort ab Juli 1945 Landrat, ab Okt. 1945 1. Sekr. KPD-BL Thüringen, 1946/47 SED-Landesvors., 1947-1952 Ministerpräs. von Thüringen. Ausführlicher hierzu Helmut Müller-Enbergs, Jan Wielgohs, Dieter Hoffmann (Hg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Bonn 2000, S. 173f.

⁵ Paul Richard Glaubrecht (geb. 1904), 1919-1933 Verwaltungsangestellter der Kreisverwaltung Eisleben, 1920 Mitbegründer der SAJ im Mansfelder Land, danach SPD, Funktionär, Vorsitzender SPD-Ortsgr. Eisleben, 1929-1933 Stadtverordneter in Eisleben, 1935 Rechtsberater, 1935/36 Kreisverw. Jüterbog, 1936/37 wegen Vorbereitung zum Hochverrat inhaftiert, 1939-1945 kaufmänn. Angest. in Jüterbog und Luckenwalde, 1945 SPD, Mai-Aug. 1945 Amtsleiter Stadtverw. Jüterbog, Aug.-Okt. 1945 Stadtverwaltungsdirektor in Eisleben, ab 1.11.1945 kommissar. Landrat des Mansfelder Seekreises, 24.1.1946 als Landrat von Präsidenten der Provinz Sachsen bestätigt, 1946 SED, Landrat bis 1947. Kreisarchiv Eisleben, Nr. 422.

nicht ausschließlich im Mittelpunkt der landrätlichen Berichterstattung, wie der Beitrag im folgenden aufzeigt.

Zwar entsprechen die im Anhang aufgeführten Berichte nicht dem Gesamtumfang der Überlieferung. Einige Berichte fehlen offenbar, andere sind unvollständig, wieder andere hingegen wiederholen lediglich bereits Berichtetes, blieben daher für die Veröffentlichung unberücksichtigt. Dennoch spiegeln sie nicht nur die politische Entwicklung in der SBZ wider. Vielmehr lassen sie die Wechselwirkung zwischen Besatzungs- und Parteipolitik, sozialen und wirtschaftlichen Problemen auf Lokal- und Provinzebene sowie den konkreten Bemühungen der Verantwortlichen vor Ort, diesen Umständen gerecht zu werden, deutlich zutage treten.

Die Adressaten der Lage- und Stimmungsberichte der Landräte des Mansfelder Seekreises, die für den Zeitraum von August 1945 bis Mai 1947 überliefert sind, waren der Chef der russischen Kreiskommandantur in Eisleben, der dortige Politische Offizier Panschina, das Regierungspräsidium in Merseburg und die „staatliche Abteilung“⁶ im Eislebener Landratsamt. Diese interessierten sich zunächst vor allem für die politische Wetterlage im Mansfelder Seekreis und die Stimmung unter der dortigen Bevölkerung. Woher kamen die Informationen?

Ein im Juni 1946 von Glaubrecht verschicktes Rundschreiben gibt nicht nur darüber Aufschluß, sondern vermittelt auch ein Bild der nachrichten- und informationsdienstlichen Durchleuchtung des gesamten wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Lebens in der SBZ.⁷ Der Landrat freilich handelte auf höhere Weisung. Der Bezirkspräsident in Merseburg hatte am 21. Mai 1946 alle Landräte und Oberbürgermeister des Regierungsbezirks zur regelmäßigen Erstellung von Informations- und Stimmungsberichten für seine Behörde aufgefordert.⁸ Um dieser

⁶ Hiermit ist die „politische Polizei“ gemeint. Zur Einflußnahme von NKWD und sowjetischer Besatzungsmacht auf die deutschen Verwaltungsorgane vgl. Michail Semirjaga: *Kak my upravljali Germaniej. Politika i žizn'*, Moskau 1995, S. 155ff.; vgl. Norman M. Naimark: *Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949*, Berlin 1997, S. 82ff.

⁷ Nicht nur die Informationsabteilung der SMA in Halle und die in der SBZ operierenden sowjetischen Geheimdienste interessierten sich für praktisch alles, was der Besatzungsherrschaft auch nur im entferntesten hätte gefährlich werden können. Einen umfassenden Informationsdienst, der bis in die Orts- und Betriebsgruppen reichte, unterhielt infolge stalinistischer Tradition und Prägung auch die KPD/SED. Einfache Parteimitglieder wie Funktionäre hatten ebenso politische Stimmungsberichte anzufertigen wie Dossiers über Mitglieder der Parteizellen, Funktionäre der bürgerlichen Parteien und seit der Zwangsvereinigung zur SED über ehemalige Sozialdemokraten und Abweichler in den eigenen Reihen. Vgl. Michael Kubina: „In einer solchen Form, die nicht erkennen läßt, worum es sich handelt...“ Zu den Anfängen der parteieigenen Geheim- und Sicherheitsapparate der KPD/SED nach dem Zweiten Weltkrieg, in: *IWK* 3/96, S. 340-374.

⁸ Vgl. LAMer, Rep. K, Kreisverwaltung Eisleben, Nr. 83, Bl. 100ff.

Anweisung nachkommen zu können, verfügte Landrat Glaubrecht an alle Landpolizeibeamten des Mansfelder Seekreises die wöchentliche Erstellung und Vorlage von Lageberichten, die folgende Punkte umfassen mußten:

- „1. Einen allgemeinen Stimmungsbericht der gesamten Bevölkerung des Kreises,
2. [einen] Stimmungsbericht über Ernährungsfragen und deren Auswirkungen in unserem Kreis,
3. Wie ist das Verhältnis der Neubauern zum Altbauer, wie versorgt der Neubauer das ihm gehörige Neuland?
4. [Einen] Stimmungsbericht der Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft sowie deren wirtschaftliche und finanzielle Lage,
5. Wie ist das Verhältnis der Umsiedler und Flüchtlinge zur Kernbevölkerung und umgekehrt?
6. Was sagt die Bevölkerung zur Schulreform und wie ist das Verhältnis der Bevölkerung zu den Neulehrern?
7. Wie steht die Bevölkerung zur Kirche bzw. zu den Pfarrern, sind dieselben als beliebt oder unbeliebt anzusprechen und, falls letzteres zutreffen sollte, aus welchen Gründen?
8. Was sagt der Arbeiter zur Bekämpfung des Schwarzhandels und des Schiebertums?
9. Wie ist die Stimmung der Bevölkerung des Kreises über die bisher ergangenen, gesetzlichen Bestimmungen, beispielsweise über das von der Provinzialverwaltung erlassene Gesetz zur Säuberung der Wirtschaft und Verwaltung, zur Wohnraumbeschlagnahme-Verordnung usw.?
10. Wie ist die Einstellung der Bevölkerung zur neuen Selbstverwaltung und zur neuen Volkspolizei?
11. Wie sieht die finanzielle Lage im allgemeinen, gegliedert nach Geschäftsleuten, Angestellten und Arbeitern aus?
12. Ist die Zusammenarbeit der Behördenstellen mit den Antifa-Ausschüssen und vor allem zur SED ein gutes?
13. Was sagt die Bevölkerung des Kreises zu den zur Zeit stattfindenden Demontagearbeiten?
14. Wie ist das Verhältnis im allgemeinen der Bevölkerung zur Besatzungsmacht und umgekehrt?
15. Was sagt die Bevölkerung zum Verhalten unserer Jugend?
16. Unterstützt die Einwohnerschaft die Polizei und den Behördenapparat im Bezug auf das Banden- und Verbrechertum wirklich aktiv und welche Vorschläge werden in dieser Beziehung stets draußen vorgetragen?
17. Wie sieht die allgemeine Wohnungsnot aus?

18. Wie ist die Stimmung der Bergarbeiter im Oberröblinger Kohlenrevier?...⁹

Weitere Erkundigungen nach dem individuellen Empfinden verschiedener Berufs- und Beschäftigtengruppen schlossen sich an.

Die Frage, warum all diese Informationen erfaßt werden sollten, stellt sich fast zwangsläufig. Das der deutschen Bevölkerung von Seiten der Besatzungsmacht entgegengebrachte Mißtrauen stellt nur die eine Seite der Medaille dar. Die sowjetischen Besatzer sorgten sich insbesondere um die Erfüllung der SMAD-Befehle,¹⁰ die verschiedenen Ministerien in Moskau drängten auf maximale Ausbeute an Demontagegut und den ebenfalls Reparationszwecken dienenden laufenden Entnahmen aus der Produktion. Sie forderten von ihren Dependancen auf Provinz- bzw. Landesebene ständig neue Lageberichte an, die sich diese wiederum von untergeordneten sowjetischen Dienststellen und/oder von den deutschen Selbstverwaltungen besorgten. Die in deutschen wie russischen Archiven vorhandene Flut paralleler und zumeist gleichlautender Berichterstattung spricht hierüber Bände.

Nicht alle der obig aufgelisteten Punkte finden sich in den nachfolgend verfaßten Berichten wieder. Deutlich wird dies an den inhaltlichen Schwerpunkten, die Eggerath und Glaubrecht in ihren Berichten regelmäßig abarbeiteten: Tätigkeit der politischen Parteien (vor allem der KPD/SED), Stimmung in der Bevölkerung und deren Stellungnahme zur Tagespolitik in der Sowjetischen Besatzungszone, eventuelle faschistische Feindtätigkeit. So weiß Eggerath im ersten überlieferten „angeforderte[n] Bericht über die Stimmung in der Bevölkerung“ vom 11. August 1945 an Politoffizier Panschina zu berichten, daß grundsätzlich „in der Bevölkerung noch immer große Teilnahmslosigkeit für politische Fragen herrscht“. Dagegen, so der Landrat weiter, ständen „kleinere Tagesfragen ... noch immer im Vordergrund. Und andererseits müsse beachtet werden, daß im Augenblick die Anstrengungen zur Einbringung der Ernte wenig Zeit für politische Fragen lassen.“¹¹

I. *Alltag in der Zusammenbruchsgesellschaft*

Diese kleineren Tagesfragen, die den Menschen im Mansfelder Seekreis das Interesse an den Erfolgen der sowjetischen Politik vergällten, waren die Anforderungen, die ihnen das Leben in der Zusammenbruchsgesellschaft täglich stellte. Die Bauern und Bürgermeister der ländlichen Gebiete beklagten sich über die „sich steigernden unberechtigten Anforderungen

⁹ Ebenda.

¹⁰ Vgl. Naimark: Russen, S. 65.

¹¹ LAMer, Rep. K, Kreisverwaltung Eisleben, Nr. 83, Bl. 1.

von Fleisch und Lebensmitteln durch Angehörige der Besatzungsarmee und der Ortskommandanturen“. (Dok. 1) Der Mangel an Lebensmitteln sowie die für Privaterzeuger hohen Ablieferungssölle auf landwirtschaftliche Produkte erregten im Sommer 1945 jedoch nicht nur die Gemüter der Landbevölkerung.¹² Vielmehr litt im Mansfelder Land die gesamte Einwohnerschaft. Denn dort, so der Landrat an die russische Kommandantur, hatte „der Arbeiter des Schachtes zu Hause noch einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb, der ihm die notwendigen Lebensmittel liefert[e]. Die neue Ablieferungsordnung...[bezog jedoch] auch diese Kleinst- und Kleinbetriebe ein.“ (Dok. 1) Eine Änderung der sowjetischen Besatzungspraxis erreichten derartige Beschwerden und Hilferufe jedoch nicht. Die Ablieferungsquoten waren Gesetz, wer sie nicht erfüllte, konnte mit drakonischen Geldstrafen belegt oder gar wegen Sabotage verhaftet werden.¹³ Noch 1947 galten dem obersten Wirtschaftsamt der SMAD, Generalmajor Konstantin Iwanowitsch Kowal,¹⁴ erstens die Sicherstellung der Reparationsleistungen und zweitens die Sorge um den Unterhalt der Besatzungsarmee als oberste Prioritäten.¹⁵

Doch besonders wichtig, trotz der durch die Besatzungstruppen verursachten Verschärfung der ohnehin ernsten Ernährungslage im Kreis, über die sich der Kommunist Eggerath immerhin bei den russischen Besatzern zu beschweren wagte (Dok. 5), erschienen ihm die ungenügenden politischen Einflußmöglichkeiten seiner Partei, die gegenüber der Bevölkerung die Politik der russischen Besatzungsbehörden rechtfertigen mußte. So beklagte Eggerath neben der eingangs schon erwähnten politischen Interesselosigkeit der Bevölkerung auch eine bisher noch wenig ausgeprägte Versammlungstätigkeit. (Dok. 1)

Doch sollte sich dies bald ändern. Bereits am 27. August 1945 konnte er der russischen Kommandantur die Durchführung der ersten Versammlung der KPD im Mansfelder Seekreis melden, die drei Tage zuvor in Wansleben stattfand und den dort versammelten 600 Besuchern eine „ausgezeichnete Stimmung“ bescherte. Die große Politik stand allerdings auch hier nicht im Publikumsinteresse. Die Diskussion drehte sich vielmehr um die

¹² Zum Umfang der Zwangsablieferungen und Beschlagnahmungen vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, Stefan Wolle: Roter Stern über Deutschland. Sowjetische Truppen in der DDR, Berlin 2001, S. 68; vgl. Naimark: Russen, S. 190.

¹³ Grundlage hierfür waren die SMAD-Befehle Nr. 160 vom 3.12.1945 (veröffentl. im VoBl. für die Provinz Sachsen 1945, Nr. 8, S. 4), Nr. 71 vom 25.9.1945 und 163 vom 5.12.1945 (jeweils GARF). Vgl. auch Stadtarchiv Eisleben (im folgenden StAEil), E I 148/3411, Bl. unpag. Der Bezirkspräsident an die Landräte und Oberbürgermeister betr. Strafverfolgung bei Vergehen gegen die Ablieferungspflicht, 17.11.1946.

¹⁴ Zur Biographie Kowals siehe D. N. Filippovič, Manfred Heinemann: Kto byl kto v Sovetskoi voennoj administratsii v Germanii 1945-1949. Kratkij biografičeskij spravočnik, Moskau 1999, S. 124f.

¹⁵ Vgl. Naimark, Russen, S. 191.

sogenannten „kleinen Tagesfragen“: die Einbringung der Ernte, die Vorbereitung der Herbstsaat, „Ostflüchtlinge“ und die Sofortaufgaben der politischen Parteien. (Dok. 2) Diese Themen bewegten auch die am 23. und 24. August in Eisleben versammelten Bürgermeister des Mansfelder Seekreises und die Vertreter der im Juli 1945 in der SBZ neu bzw. wieder gegründeten Parteien.¹⁶ (Dok. 2)

Ein weiterer Schwerpunkt der Berichte sind Beschwerden über das Verhalten der Angehörigen der russischen Besatzungstruppen. Zusammenstöße mit der deutschen Zivilbevölkerung (Dok. 11, 31), bewaffnete Überfälle (Dok. 9), Vergewaltigungen (Dok. 7), Schikanen durch willkürliche Beschlagnahmungen (Dok. 5, 6) prägen besonders die Berichte des Jahres 1945.¹⁷

II. *Bodenreform und Gleichschaltung der Gewerkschaften*

Im August und September 1945 verlagerte sich der Schwerpunkt der landrätlichen Berichterstattung hauptsächlich auf die ländlichen Gemeinden. Wichtiger als die Entwicklung der kommunistischen Partei war den Adressaten nun offensichtlich die Diskussion über die Bodenreform geworden, bei welcher der Provinz Sachsen eine Schlüsselrolle in der SBZ zugedacht war. Ende August hatte das ZK der KPD beschlossen, mit der Durchführung der Bodenreform in der Provinz Sachsen zu beginnen.¹⁸

Keinesfalls unumstritten waren im Mansfelder Seekreis die Bodenreform und ihre Durchführung. Die KPD versuchte, den von ihr vorgelegten Entwurf, der im wesentlichen sowjetischen Vorgaben entsprach,¹⁹ im Mansfelder Land durchzusetzen, um so den Eindruck zu erwecken, dieser

¹⁶ Vgl. hierzu Dietrich Staritz, Manfred Suckut: Politische Parteien, in: SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, hrsg. von Martin Broszat und Hermann Weber, München 1990, S. 435ff.

¹⁷ Zu den „Begleiterscheinungen“ sowjetischer Besatzungsherrschaft 1945 vgl. Kowalczyk, Wolle: Roter Stern, S. 27ff., S. 35ff.

¹⁸ Vgl. GARF 7133/1/8, Bl. 80. Protokoll der Sitzung des Präsidiums der Provinz Sachsen vom 3.9.1945. Vgl. auch Andreas Malycha: Privatbäuerliche oder staatliche Landwirtschaft? Die Auseinandersetzungen über die Bodenreform zwischen SPD und KPD in der Sowjetischen Besatzungszone im Sommer/Herbst 1945, in: Arnd Bauerkämper (Hg.): „Junkerland in Bauernhand“? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996, S. 38f.

¹⁹ Vgl. Jochen Laufer: Die UdSSR und die Einleitung der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, in: ebenda, S. 21ff. Den Beweis für die Sowjetische Urheberchaft des Gesetzentwurfes der KPD für die Bodenreform liefert Wolfgang Leonhard, der am 20. August 1945 den russischen Text ins Deutsche übersetzen mußte. Vgl. Wolfgang Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder, 19. Aufl. Köln 1990, S. 506.

würde von der Bevölkerung auf breitester Basis unterstützt werden. In zahlreichen Orten und Betrieben wurden Versammlungen durchgeführt, so beispielsweise in Unterröblingen und Amsdorf, wo die Bauern die Enteignung des Grundbesitzes der A. Riebeck'schen Montanwerke und der Mansfeld AG forderten.²⁰ Die Bevölkerung sollte von der historischen und politischen Notwendigkeit der Enteignung und Entmachtung des adligen Großgrundbesitzes als „Hort der Reaktion und des Militarismus auf dem flachen Lande“ überzeugt werden und sich ganz im Sinne der KPD für einen baldigen Beginn der Bodenreform einsetzen.²¹ An den Landrat und an das Präsidium der Provinz Sachsen wurden Resolutionen versandt, in denen die Bevölkerung von der Regierung „schnellstens die Durchführung der ... im Aktions-Programm der K.P.D., Punkt 7, angestrebten Aufteilung des Großgrundbesitzes“²² forderte. (Dok. 1, 8)

Der KPD-Entwurf stieß bei SPD, LDP und CDU, welche eine Bodenreform nicht grundsätzlich ablehnten, aber hinsichtlich ihrer Durchführung eigene Vorstellungen hatten, die dem Konzept der KPD in wesentlichen Punkten zuwiderliefen, auf wenig Zustimmung. Veranstaltungen der bürgerlichen Parteien, auf denen deren Vertreter zur Bodenreform Stellung bezogen, insofern sie durch die sowjetischen Kommandanturen überhaupt genehmigt wurden, ließ die KPD sabotieren. Dafür mobilisierte sie die mit ihr sympathisierende Bergarbeiterschaft, wie beim Auftritt des stellvertretenden Vorsitzenden der Ost-CDU, Walther Schreiber, auf einer Versammlung der CDU-Ortsgruppe Eisleben am 21. September 1945.²³ Die von der KPD zur Teilnahme an der Veranstaltung abgeordneten Bergarbeiter störten die Versammlung in einer Art und

²⁰ Vgl. LAMag-LHA, Rep. K, MLF Nr. 3405. In Unterröblingen am 29. August, in Amsdorf vor dem 3. September 1945. Die Amsdorfer Bauern erklärten sich bereit, „mit Stumpf und Stiel an der Beseitigung des Großgrundbesitzes mitzuarbeiten“. Ebenda. Ähnliche Resolutionen und Erklärungen auch bei GARF 7133/1/8, Bl. 46ff.

²¹ Vgl. Konrad Breitenborn, Manfred Wille: „Fort mit der Junkerherrschaft!“ Die Bodenreform in Sachsen-Anhalt, in: Rüdiger Fikentscher, Boje Schmuhl, Konrad Breitenborn (Hg.): Die Bodenreform in Sachsen-Anhalt. Durchführung - Zeitzeugen - Folgen, Halle 1997, S. 28.

²² Ebenda, S. 33. Diese Resolutionen waren vorgedruckte Formulare, in welche lediglich der Name des Dorfes und das Datum eingesetzt werden mußten. Von diesen Resolutionen soll es in der Provinz Sachsen ungefähr 130 gegeben haben. Vgl. Rolf Stöckigt: Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform. Mai 1945 bis April 1946, Berlin (Ost) 1964, S. 72.

²³ Die Eisleber Rede Schreibers blieb erhalten, da der Text der zuständigen sowjetischen Kommandantur zur Genehmigung vorgelegt werden mußte. Vgl. GARF 7133/1/8, Bl. 102ff. „kurze Darstellung des Auftritts des Zweiten Sekretärs der CDU Deutschlands Dr. Schreiber auf einem Meeting der Christdemokraten in Eisleben am 21.9.1945“, 21.9.1945; vgl. ebenda, Bl. 105ff. Bericht des Chefs der SMA der Provinz Sachsen Kotikow über die Auftritte Schreibers in Eisleben, Weißenfels, Merseburg und Bitterfeld und über eine Besprechung Schreibers mit Kotikow am 20.9.1945 bei der SMA in Halle, 25.9.1945.

Weise, daß diese abgebrochen werden mußte. Schreiber hatte sich wie auch schon bei Auftritten in Merseburg, Weißenfels und Bitterfeld in seiner Rede gegen die Durchführung der Bodenreform gewandt, und für seine an das Reichssiedlungsgesetz von 1919 anknüpfende Konzeption einer Agrarreform geworben. In Eisleben führte der Einsatz kommunistischer Störtruppen zum Abbruch des Schreiber-Auftritts durch die Besatzungsmacht – um „schlimmeres zu verhindern“.²⁴ Auf einer am Tag danach einberufenen KPD-Versammlung in Eisleben wurde eine Entschließung verabschiedet, in welcher sich „die Arbeiterklasse“ entschieden gegen Schreiber wandte.²⁵ Auf Druck der SMA mußten sich dieser Entschließung, welche in der Folgezeit in sämtlichen Zeitungen der SBZ als Agitation gegen die CDU und für den KPD-Bodenreform-Entwurf verwandt wurde, die Kreisvorstände sämtlicher Parteien anschließen. (Dok. 10)

Nicht nur Großgrundbesitz über 100 ha wurde im Rahmen der Bodenreform enteignet, sondern auch landwirtschaftliche Betriebe, deren Besitzer Amtsleiter oder führende Mitglieder der NSDAP waren bzw. als deren einflußreiche Anhänger angesehen wurden. Im Mansfelder Seekreis betraf dies zwölf Betriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 1.593 ha.²⁶

Nach Beginn der Bodenreform gab es in verschiedenen Orten des Mansfelder Seekreises Unmut über die Art und Weise ihrer Durchführung.²⁷ So beklagten sich die Neubauern „in einer Reihe von Dörfern, unter anderem Erdeborn, Wormsleben, Benndorf, Schraplau, Haus Zeitz,“ über die endgültige Aufteilung des enteigneten Besitzes. Die Schwierigkeiten bei der Aufteilung – das Fehlen von Spannvieh, Kühen und Gebäuden – wurden von den Neubauern als eine ernste Gefahr für die Bodenreform angesehen. Die KPD ließ daraufhin in den betreffenden Orten „aufklärende Versammlungen“ durchführen. (Dok. 16)

²⁴ Vgl. ebenda, Bl. 102.

²⁵ Vgl. ebenda, Bl. 186ff.

²⁶ Vgl. LAMer, Rep. K, Kreisverwaltung Eisleben Nr. 258, Bl. 9ff. Auflistung des Finanzamts Eisleben über das Vermögen, das der Sequestration oder zeitweiligen Verwaltung unterliegt aufgrund des Befehls 124 vom 30.10.1945, 20.11.1945, hier Bl. 11. Im Rahmen der „demokratischen“ Bodenreform wurden in der Provinz Sachsen insgesamt 719.777 ha land- und forstwirtschaftlich genutzten Bodens enteignet. Betroffen waren 3.146 Betriebe, 781 davon unter 100 ha groß. Bis 1950 wurden davon an insgesamt 152.389 Einzelpersonen 459.287 ha Land verteilt. Vgl. Stöckigt: Kampf der KPD, S. 260-263; vgl. Breitenborn/Wille: „Fort mit der Junkerherrschaft!“, S. 46f.

²⁷ Trotz aller Propaganda kam es auf dem Lande zu keiner die Bodenreform fordernden bzw. befürwortenden spontanen Bewegung. Viele Landarbeiter zögerten, sich offen gegen die Gutsbesitzer zu stellen. Vgl. Arnd Bauerkämper: Aufwertung und Nivellierung. Landarbeiter und Agrarpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1960, in: Peter Hübner, Klaus Tenfelde (Hg.): Arbeiter in der SBZ/DDR?, Essen 1999, S. 245ff.

Seit Januar 1946 rückten die Initiativen von KPD und SPD zur Vereinigung der beiden Parteien zunehmend in den Mittelpunkt der Berichte. Die hierzu kursierenden Gerüchte wurden von der Arbeiterschaft lebhaft diskutiert, Landrat Glaubrecht rechnete daher mit einer „besonderen politischen Aktivität in den einzelnen Orten“. (Dok. 18) Am 10. Januar 1946 konnte er vermelden, daß die Bemühungen von KPD und SPD, „zur Einigung zu kommen,“ in den Betrieben im Mansfelder Seekreis guten Boden vorfinden.²⁸ Waren doch die Betriebe in jenen Tagen und Wochen eh Schauplatz von Versuchen beider Parteien, ihren politischen Einfluß unter der Arbeiterschaft auszubauen. Anlaß hierfür waren die am 18. und 19. Januar 1946 abgehaltenen Betriebsausschußwahlen und die Wahl der Delegierten zu Gewerkschaftskongressen auf Kreis-, Provinz- und SBZ-Ebene.²⁹ (Dok. 19) Trotz aller im Vorfeld an den Tag gelegter Emotionalität verdienten diese Wahlen in den meisten Fällen ihren Namen nicht, waren doch die Provinzleitungen von KPD und SPD einer Empfehlung des ZK der KPD und des Zentralaussschusses der SPD gefolgt, bei den Gewerkschaftswahlen einheitliche Kandidatenlisten aufzustellen. Dementsprechend forderten sie bereits am 17. Dezember 1945 von ihren Mitgliedern, „die Einheit der Arbeiterklasse im Auge zu haben und zu vermeiden, daß sich Kandidaten als Gegner gegenüberstehen“.³⁰ In Fällen, wo bürgerliche Vertreter in die Betriebsräte gewählt wurden, wurde die Wahl nicht selten für ungültig erklärt, so in der Farbenfabrik Wolfen. Für den Mansfelder Seekreis ließen sich derartige Eingriffe allerdings nicht feststellen, da die Kommunisten in der dortigen

²⁸ Nach Aussage hochrangiger KPD-Funktionäre gaben die Betriebsversammlungen in den Leunawerken, in den Bitterfelder und den Mansfelder Revieren der Zusammenarbeit von KPD und SPD in der Provinz Sachsen starken Auftrieb. Vgl. Ludwig Einicke: Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns endlich Taten sehen!, in: Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED, Berlin (Ost) 1966, S. 451.

²⁹ Am 5.2.1946 fand im halleschen Volkspark die Provinzdelegiertenkonferenz des FDGB statt, die bereits erkennen ließ, daß in der SBZ die Zeit der Gewerkschaften und Betriebsräte als Vertreter von Arbeitnehmerinteressen gegenüber den Betriebsleitern vorbei war. Statt dessen sollten sich die Gewerkschaftler „zur Verwirklichung der ökonomischen Aufgabenstellungen für die Aufstellung konkreter betrieblicher Produktionsprogramme“ einsetzen. Die Delegierten verpflichteten sich, „in fester Gemeinschaft aller Gewerkschafter...“ die Bewegung „Einheit und Aufbau für Volk und Heimat“ zu unterstützen, da dies „nicht nur die beste Sicherung des Erfolges der Bewegung, sondern gleichzeitig auch die beste Grundlage“ für die Festigung „der Aktionseinheit und die Voraussetzung zur organisatorischen Vereinigung der beiden Arbeiterparteien“ sei. Vgl. Volkszeitung, 6.2.1946.

³⁰ Werner Dietrich: Die Entstehung und Entwicklung des FDGB in der Provinz Sachsen (1945-1946), Halle 1988, S. 75.

Arbeiterschaft traditionell eine starke Basis hatten und ihre Kandidaten in den meisten Fällen durchbrachten.³¹

III. *Mangel und „nazistische Wühlarbeit“*

Von November 1945 an beschäftigten wiederholt in der Gemeinde Stedten auftauchende, gegen die KPD gerichtete Plakate deutsche wie sowjetische Ermittlungsorgane. „Bei Hitler gab es mehr zu essen und anzuziehen als bei den Kommunisten. Früher ging man sauber angezogen, heute geht man zerlumpt. Hitlerjungen, haltet euch von der KPD fern, wartet auf Hitler!“ – so der Inhalt des ersten entdeckten Plakats. Empört über derartige „nazistische Wühlarbeit“ zeigte sich nicht nur der Landrat, auch Bürgermeister und Antifaschistischer Ausschuß der Gemeinde Stedten forderten entschiedene Maßnahmen. Im Antifaschistischen Kreis Ausschuß nahm man sich am 7. Januar 1946 des Problems an. Da die Täter bis dahin nicht ermittelt werden konnten, fragte sich der Ausschuß, ob „die Wühlarbeit überhaupt von ehemaligen Mitgliedern der NSDAP betrieben wird oder ob Querulanten und anderes unpolitisches Gesindel am Werke“ seien. Er empfahl der „Wühlarbeit“ mit verstärkter politischer Aufklärungsarbeit der antifaschistischen Parteien zu begegnen. Eine frei von persönlichen Streitigkeiten geeinte Arbeiterbewegung sei die beste Garantie, um solchen Erscheinungen vorzubeugen. (Dok. 20-24)

Nach einem technischen Defekt im Tagebau Etdorf, den man als Sabotageakt ansah und die gleichen Täter wie in Stedten vermutete, glaubte der Antifaschistische Ausschuß Stedten, das Rezept zur Unterbindung „faschistischer Umtriebe“ schlechthin gefunden zu haben. Der Kuhhandel, den die Stedtener der Besatzungsmacht vorzuschlagen gedachten, sah die Auslieferung von NSDAP-Mitgliedern, den „wahren Schuldigen“ für die Kriegsschäden in Rußland, vor – im Gegenzug sollten die sowjetischen Besatzer die über 100 Stedtener, welche sich in sowjetischer Kriegsgefangenschaft befanden, zur Mitarbeit am Wiederaufbau freilassen. Denn „diese Soldaten tragen keine Schuld an dem von den Nazis angezettelten Kriege“. (Dok. 22) Im Juli 1946 glaubte man die Stedtener Vorkommnisse aufgeklärt zu haben, nachdem bei Jugendlichen, „Mitglieder[n] der ehemaligen Hitlerjugend“, Waffen gefunden wurden. Die Jugendlichen wurden samt und sonders verhaftet, (Dok. 35) wie andere unter Werwolfverdacht Geratene führte sie das Schicksal in von der Besatzungsmacht als „Speziallager“ weitergeführte frühere Konzentrations-

³¹ Vgl. StAEil, E VI 1 Wahlen, Bl. unpag. FDGB-Wahlausschuß an alle Dienststellen, 14.1.1946, betr. Aufruf zu Betriebsausschußwahlen; vgl. ebenda, Bl. unpag. Wahlausschuß an alle Dienststellen, 25.1.1946, betr. Wahlergebnisse. Zu den Auseinandersetzungen zwischen KPD und SPD vgl. GARF 7133/1/273, Bl. 78ff., zu den Ergebnissen auf Provinzebene vgl. ebenda, Bl. 83ff.

oder Kriegsgefangenenlager, vielleicht sogar zur Zwangsarbeit in die UdSSR.³²

Ab Ende Januar 1946 bestimmten die Auswüchse der Mangelgesellschaft die landrätliche Berichterstattung. In vielen Haushalten waren die Kohlenvorräte erschöpft, der Winter jedoch bei weitem noch nicht vorbei. Durch politische Aufklärungsarbeit versuchte die KPD nun, der ob des Kohlenmangels zu Tausenden frierenden und mißgestimmten Bevölkerung die „wahren Schuldigen an unserem Unglück und unserer Notlage“ zu präsentieren. (Dok. 25) Nicht die von der KPD immer wieder gerechtfertigte Politik der sowjetischen Besatzungsmacht, sondern der von den Nationalsozialisten angezettelte Krieg sei schuld an der allgegenwärtigen Misere, – was in der Sache gar nicht mal so falsch war. Doch nicht immer zeigten sich die Einheimischen einsichtig und hießen die kommunistischen Agitatoren mit ihren Weisheiten willkommen.

Der überall spürbare Mangel ließ – in den Augen der Kommunisten – „fortschrittliche“ Mitmenschen auf Ideen kommen, die wohl von den betroffenen Bauern mit Hohn, Verbitterung und Empörung, von der nicht weniger als die Landbevölkerung hungernden Arbeiterschaft mit Hoffnung aufgenommen worden waren. So hatte der Vorsitzende des Antifaschistischen Kreisblocks, „ein sozialistischer Bauer“, die Bauern des Mansfelder Seekreises aufgefordert, „die Hälfte der ihnen zur Verfügung stehenden Freimengen an Butter und Käse für die Industriearbeiterschaft zu handelsüblichen Preisen zur Verfügung zu stellen“. Landrat Glaubrecht zeigte sich begeistert: diese Maßnahme bedeute zweifellos die Schaffung der Brücke zwischen Arbeiter und Bauer. (Dok. 27)

In der Tat war es um das Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Landbevölkerung nicht zum besten bestellt. Die Arbeiter und Angestellten in den Städten und Industriegemeinden des Mansfelder Landes mußten sich mit den Waren begnügen, welche die Lebensmittelkarten zwar garantierten, die jedoch nicht immer auch zur Verfügung standen, wollten sie nicht die überhöhten Schwarzmarktpreise für zusätzliche Nahrungsmittel zahlen. Bauern und Landarbeiter, sofern sie über Ernteüberschüsse des Vorjahres oder Fleisch aus Schwarzschlachtungen verfügten, waren in der Regel weniger dem Hunger preisgegeben, wenn auch auf dem Land die Versorgungslage keineswegs als befriedigend angesehen werden konnte. Daher fiel die Pressepropaganda über Bauern, die Lebensmittel versteckten und horteten, unter der Arbeiterschaft auf fruchtbaren Boden.

³² Vgl. Ralf Possek: Sowjetische Lagerpolitik in Deutschland, in: Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, hrsg. von Sergej Mironenko u.a., Band 2: Studien und Berichte, Berlin 1998, S. 61ff.; vgl. Achim Kilian: Mühlberg 1945-1948. Ein Gefangenenlager mitten in Deutschland, Köln u.a. 2001, S. 279ff.

IV. *Demontagen und Enteignungen*

Von Veranstaltungen im Rahmen der Vereinigungskampagne abgesehen, war die KPD im Frühjahr 1946 politisch nicht nur in den Städten und Gemeinden des Mansfelder Seekreises in der Defensive gefangen. In weiten Kreisen der Bevölkerung hatten sich die Kommunisten aufgrund ihrer Politik den Ruf einer „Russenpartei“ erworben. Den katastrophalen Auswüchsen der Zusammenbruchs- und Mangelgesellschaft zum Trotz stellte sich die Partei stets vor die oft unpopulären Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht, zu deren vorrangigen Zielen entgegen aller Propaganda die möglichst intensive Nutzung der Ressourcen des besiegten Deutschlands gehörte.³³ Die im März 1946 anlaufende neuerliche Demontagewelle tat ihr übriges, daß sich die KPD gegenüber der Bevölkerung erneut in der Situation, oft auch entgegen der eigenen Überzeugung die sowjetische Politik rechtfertigen zu müssen, wiederfand. Im April 1946 kursierten in der Bevölkerung Gerüchte, die sowjetischen Besatzer wollten dem deutschen Volk nicht nur die für Reparationszwecke in Anspruch genommenen Maschinen und Werkzeuge, sondern auch die Lebensgrundlage nehmen. (Dok. 28, 32) Die allenthalben sichtbar werdenden Lücken, welche die Demontagen in die heimische Wirtschaftsstruktur rissen, vergrößerten das Heer der Arbeitslosen, während Tausende im Handel und Handwerk, aber auch im Bergbau Beschäftigte vom Arbeitsplatz weg für Demontagearbeiten zwangsrekrutiert wurden.³⁴ Nicht nur für den Wiederaufbau der Wirtschaft stellten die Demontagen ein Schlüsselproblem dar, sondern auch für die Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Arbeiter. In den Traditionsbelegschaften über Jahre und Jahrzehnte gewachsene betriebliche und soziale Strukturen wurden durch die Stilllegung der demontierten Industriebetriebe ebenso zerstört, wie den Entlassenen der durch die in der Industrie übliche weitgehende Spezialisierung der Facharbeiterstatus abhanden kam. Da eine Qualifikation und früherer Tätigkeit entsprechende Verwendung zumeist nicht möglich war, zog der Arbeitsplatzverlust nicht nur finanzielle Einbußen, sondern auch den Verlust an sozialem und innerbetrieblichen Status nach sich³⁵ – ein Schicksal, daß sie fortan mit den

³³ Vgl. Stefan Kreuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Weimar 1996, S. 30.

³⁴ Vgl. Anja Edith Spuhn: Studien zur Aufnahme und Integration der deutschen Vertriebenen auf dem Gebiet des Regierungsbezirks Merseburg zwischen 1945 und 1949, Magisterarbeit Halle-Wittenberg 2001, S.63. Zu den sowjetischen Demontagen vgl. Rainer Karlsch: Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-1953, Berlin 1993; vgl. K. I. Kowal: Rabota v Germanii po zadaniju GKO, in: Novaja i novejšaja istorija, Heft 2/1995, S. 101ff.

³⁵ Vgl. GARF 7133/1/8, Bl. 44. Bericht des Arbeiters Schlicher aus einem Elektrogeräte-Betrieb in Halle, 23.7.1945.

sozial und beruflich ebenfalls entwurzelten Vertriebenen teilten.³⁶ Dies gilt insbesondere für das Mansfelder Land, wo sich Arbeit fast nur im Bergbau finden ließ und die Arbeitsämter zudem Anweisung hatten, freie Arbeitskräfte auch ausschließlich dem an permanentem Arbeitskräftemangel leidenden Schächten zur Verfügung zu stellen.³⁷

Unter solchen Umständen regte sich innerhalb der Arbeiterschaft der zur Demontage bestimmten Betriebe Protest,³⁸ der nicht nur in umhergehenden „provokatorischen Gerüchten“, welche regelmäßig die Polizei auf den Plan riefen, seinen Ausdruck fand.³⁹ (Dok. 28, 29) „Im Betriebsratszimmer eines der jetzt zur Demontage kommenden Betriebe wurde Anfang diese Monats ein gegen die Einheitspartei und den Neuaufbau unserer Wirtschaft gerichtetes Plakat angeheftet,“ so Glaubrecht am 25. April 1946. Da die unbekanntenen Verfasser ihr Pamphlet mit einem „Hoch“ auf SA und Führer enden ließen, sah man sich im Landratsamt veranlaßt, auch die „zuständigen russischen Militärstellen“ zu alarmieren. (Dok. 29)

Im Mai 1946 hatte sich die Stimmung in der Bevölkerung ob der Demontagen weiter verschlechtert. Fand schon für die Demontagen an sich niemand ein gutes Wort, so erboste nun vor allem die Art ihrer Durchführung. Das Verhalten der zur Überwachung der Demontagen eingesetzten sowjetischen Kommandos erregte in vielen Fällen das Mißfallen von Demontagearbeitern und Bevölkerung. Viel schwerer wog den Parteioffiziellen um Glaubrecht jedoch der Umstand, daß sich diese „Schwierigkeiten“ ungünstig auf die Werbung neuer Mitglieder für die jüngst gegründete SED auswirkte.⁴⁰ (Dok. 31)

Auch mit der Situation in den Landgemeinden zeigte sich Landrat Glaubrecht keinesfalls zufrieden. Nach Durchführung der Bodenreform hatte sich herausgestellt, daß die Neubauern von dem ihnen zugeteilten Eigentum noch nicht richtig Besitz ergriffen hatten. „Sie versuch[t]en nach wie vor, die Gemeinbewirtschaftung aufrecht zu erhalten und [wurden] dabei von den vielfach als Neubauern gebliebenen ehemaligen Inspektoren und Verwaltern unterstützt.“ Glaubrecht beauftragte daraufhin die Parteien,

³⁶ Zur Problematik vgl. Christoph Kleßmann: Die stilisierte Klasse – Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Entstehungsphase der DDR (1945 bis 1948), in: Archiv für Sozialgeschichte 39 (1999), S. 35ff.

³⁷ Vgl. Spuhn: Studien zur Aufnahme, S. 64f., S. 76f.

³⁸ Proteste der Arbeiter gegen die Demontage ihre Betriebe waren zwar nicht an der Tagesordnung, stellten aber auch keine Ausnahmeerscheinung in der SBZ dar. Vgl. hierzu Rainer Karlsch: „Arbeiter schützt Eure Betriebe!“ Widerstand gegen Demontagen in der SBZ, in: IWK 30, 1994, S. 380-404.

³⁹ Vgl. GARF 7133/1/274, Bl. 27ff.

⁴⁰ Hierzu siehe auch Matthias Uhl: Anfänge der sowjetischen Besatzung – Reparationsleistungen und die Reaktion der Bevölkerung Sachsen-Anhalts 1945 bis 1947, in: Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte, hrsg. von Hermann-Josef Rupieper, Heft 4, Halle 1998, S. 48ff.

„mitzuhelfen in großzügiger Erziehungsarbeit, die Neubauern zur Eigenbewirtschaftung, die selbstverständlich im Rahmen der gegenseitigen Bauernhilfe durchgeführt werden soll, zu bewegen“. (Dok. 28)

Die Anfang 1946 einsetzende Kampagne zur Säuberung der Wirtschaft von „Nazi- und Kriegsverbrechern“, die sich SMAD und SED durch den geschickt inszenierten Volksentscheid in Sachsen legitimieren ließen, brachte erneut Unruhe in die Bevölkerung. Gewerbetreibende und Betriebsinhaber, die Mitglied der NSDAP waren oder Zulieferaufträge für Rüstungsbetriebe und Wehrmacht bearbeitet hatten, fürchteten nicht ohne Grund um ihre Existenz. Die für die Maidemonstrationen 1946 verordneten Losungen erweckten dann auch den Eindruck, als fordere die Bevölkerung die „völlige Entnazifizierung des öffentlichen Lebens“. (Dok. 30) Zudem verschärften im Kreisgebiet übereifrige und über das Ziel hinaus schießende Vorschläge einiger Gemeindevorsteher in Orten, in denen Betriebe zur Enteignung kommen sollten, die Unruhe und Verunsicherung unter den Gewerbetreibenden noch zusätzlich. Landrat Glaubrecht, Demotivierung und Produktionsrückgang in den bedrohten Privatbetrieben befürchtend, stellte im Mai 1946 noch einmal klar, daß „nur die wirklichen aktiven Nazisten und die Kriegsverbrecher“ zur Enteignung kommen sollten. (Dok. 32) Ähnlich wie im Land Sachsen vor dem Volksentscheid am 30. Juni 1946, so wurde auch in der Provinz Sachsen versucht, durch von der SED initiierte Versammlungen in Betrieben und Gemeinden die Bevölkerung zugunsten der Enteignung der „Nazi- und Kriegsverbrecher“ zu mobilisieren. Resolutionen wurden verfaßt, die in der SED-gesteuerten Presse veröffentlicht suggerierten, daß auch in den anderen Ländern und Provinzen der SBZ die Bevölkerung hinter dem Ergebnis des Volksentscheides in Sachsen steht,⁴¹ die Übertragung der daraufhin in Sachsen in die Wege geleiteten oder bereits durchgeführten Enteignungen also legitim sei. Zudem ließen sich so die in der gesamten SBZ seit Beginn der sowjetischen Besatzungsherrschaft vorgenommenen Enteignungen im Nachhinein rechtfertigen.⁴² Bei Betriebsinhabern, die der Nazi-Partei oder einer ihrer Organisationen nicht angehört hatten, ließ sich mit dem Vorwurf, am Krieg verdient zu haben oder Zwangsarbeiter ungerecht behandelt zu haben, in vielen Fällen ebenfalls ein Grund zur

⁴¹ Die SMA glaubte festgestellt zu haben, „der aktive Teil der Arbeiter versteht die Notwendigkeit dieser Maßnahme und unterstützt diese“, allen anderen wurden fehlende politische Reife unterstellt. GARF 7133/1/274, Bl. 22.

⁴² 77,6% der ca. 3.500.000 Wahlberechtigten stimmten beim Volksentscheid in Sachsen am 30.6.1946 für „die sofortige Überführung der Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher in Volkseigentum“. Daraufhin einigten sich in den restlichen Ländern und Provinzen der SBZ die Blockausschüsse auf entsprechende Verordnungen, die im Juli/August 1946 von den Landes- und Provinzialverwaltungen in Kraft gesetzt wurden. Zum Volksentscheid in Sachsen vgl. Rudolf Agsten, Manfred Bogisch, Wilhelm Orth: LDPD 1945 bis 1961 im festen Bündnis mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei, Berlin 1985, S. 79ff.

Enteignung finden. Für den Mansfelder Seekreis sei in diesem Zusammenhang die Sequestrierung der „Korb- und Holzwarenfabrik Georg Wicht, Eisleben“ erwähnt. Dem Betriebsinhaber wurde zunächst vorgeworfen, durch die Beschäftigung von Ostarbeitern am Krieg verdient zu haben. Außerdem hätten Vorarbeiter seines Betriebes früher der KPD angehörige Betriebsangehörige schikaniert, Zwangsarbeiter wären unzureichend untergebracht und gepflegt worden. Das Unternehmen wurde daher unter Zwangsverwaltung gestellt, für die Geschäftsführung ein Treuhänder eingesetzt. Das Sequesterverfahren im Fall Wicht zog sich von September 1945 an fast zwei Jahre hin, obwohl bereits im Sommer 1946 feststand, daß sich sämtliche Anschuldigungen als haltlos erwiesen hatten. Auch war Wicht kein NSDAP-Mitglied, er wurde lediglich seit 1938 als Anwärter geführt. Erst 1947 wurde der Betrieb aus der Sequestrierung herausgenommen.⁴³ Trafen alle Verdächtigungen und Anschuldigungen nicht zu, so konnten Geschäftsleute über Nacht aufgrund anonymer Hinweise, sie hätten sich faschistisch betätigt oder gegen die Besatzungsmacht gearbeitet, in sowjetischen Lagern verschwinden.⁴⁴

Im Rahmen der Enteignungskampagne wurden im Mansfelder Seekreis „37, im Durchschnitt gut besuchte öffentliche Veranstaltungen durchgeführt“.⁴⁵ (Dok. 33, 36) Ende Juni 1946 konnte Glaubrecht schließlich den Abschluß dieser Kampagne melden. Der Provinzialverwaltung und der sowjetischen Kommandantur waren seitens der Kreisverwaltung Vorschläge für zu enteignende Betriebe von „Nazi- und Kriegsverbrechern“ unterbreitet worden.⁴⁶ (Dok. 35)

V. *Wahlkampf und Wahlen*

Die Berichte von August bis Oktober 1946 haben überwiegend die Kommunal- und Kreistagswahlen sowie die Wahlen zum Provinziatlandtag zum Inhalt. Thematisiert wurde vor allem der Wahlkampf. Durch die von

⁴³ Zum Fall Wicht vgl. LAMer, SED-KL Eisleben, IV/407/210. Säuberung der Wirtschaft 1945-1947.

⁴⁴ Vgl. Achim Kilian: Einzuweisen zur völligen Isolierung. NKWD-Speziallager Mühlberg/Elbe 1945-1948, 2. Aufl. Leipzig 1993, S. 31ff.; vgl. Günther Buchstab (Hg.): Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung Christlicher Demokraten unter sowjetischer Besatzung und SED-Herrschaft 1945-1961. Eine biographische Dokumentation, Düsseldorf 1998, S. 6.

⁴⁵ LAMer, IV/L2/5/11: Monats- und Organisationsberichte 1946/47, Bl. 57.

⁴⁶ Bis zum 28.6.1946 wurden im Regierungsbezirk Merseburg 2.188 Unternehmen zur Enteignung und 926 zur Rückgabe vorgeschlagen, in der gesamten Provinz Sachsen 4.870 bzw. 1.634. Für den Mansfelder Seekreis ließen sich keine genauen Zahlen feststellen. Die Liste der zur Enteignung bestimmten Betriebe stieß dort jedoch auf den Widerstand der LDP, besonders des Eislebener Bürgermeisters Barwinski. Vgl. GARF 7133/1/274, Bl. 59f.

allen Parteien, hauptsächlich jedoch von der SED durchgeführten wahlvorbereitenden Versammlungen boten sich der Bevölkerung Möglichkeiten, Mißstände öffentlich anzuprangern. Daher waren auch in den Landgemeinden trotz der im Gang befindlichen Ernteeinbringung die Wahlkampfveranstaltungen der SED gut besucht. Den SED-Funktionären offenbarte sich ein Dilemma, das Besatzungsmacht und SED in ihren Lageberichten allgemein als „schlechte politische Stimmung unter der Bevölkerung“ beschrieben.⁴⁷ Im Mansfelder Seekreis äußerte sich diese durch den Protest der Bauern gegen die bekanntgegebenen neuen Ablieferungsnormen, welche „fast durchweg als untragbar“ angesehen wurden. Sowohl im ländlichen Raum als auch in den Städten und Industriegemeinden verschärfte sich die Unzufriedenheit durch weitere Zuweisungen von Umsiedlern und Bergarbeitern ins Mansfelder Land, wodurch die Bevölkerung im Wohnraum noch stärker als bisher eingeengt wurde.⁴⁸ Auch dies erfuhren die Wahlkampfredner und Funktionäre der SED aus den Wortmeldungen und Diskussionen in den durchgeführten Versammlungen. Offenbar waren sie sich des Ernstes der Lage bewußt, denn schon das Zustandekommen derartiger Wortmeldungen in der Öffentlichkeit wurde als Alarmzeichen bezüglich des Einflusses der SED auf die von ihr umworbenen proletarischen Schichten in Industrie und Landwirtschaft sowie auf die Neubauern gewertet. (Dok. 38, 39) Eine Verbesserung der politischen Stimmung versprachen sich die Genossen von der mit zunehmendem Fortgang der Erntearbeiten sich verbessernden Ernährungslage. (Dok. 39)

Das nun häufige Auftreten von Diskussionsrednern auf Wahlkampfveranstaltungen ließ Glaubrecht am 24. August 1946 eine positive Bilanz über das „politische Leben des Kreises“ ziehen, welches „sein besonderes Gepräge durch den ständig lebhafter werdenden Gemeindewahlkampf“ erhalte. Glaubrecht fand besonders hinsichtlich der zivilisierten Diskussionskultur lobende Worte, da sich „die Auseinandersetzung zwischen den Parteien und Organisationen doch in einem Rahmen“ hielt, „den man als sachlich bezeichnen kann, und in dem der Austrag persönlicher Streitereien und kleinlicher Gehässigkeiten vermieden wird“. (Dok. 40) Dennoch wurde der Wahlkampf seitens der SED keinesfalls fair geführt. An sachliche und weltanschauliche Differenzen zwischen den Parteien anknüpfend polemisierte die SED durch Plakataufrufe, Presse- und Rundfunkpropaganda gegen die Vertreter der sogenannten „bürgerlichen“ Parteien und deren „reaktionäre“ Gesinnung

⁴⁷ Selbst unter Mitgliedern und Anhängern der SED war die Stimmung überwiegend schlecht. Ein Erfolg der Partei bei den bevorstehenden Wahlen wurde nicht selten ernsthaft in Frage gestellt. Vgl. GARF 7133/1/274, Bl. 172ff.

⁴⁸ Zur demographischen Entwicklung, zur Umsiedlerintegration und Wohnraumbelegung vgl. StAEil, E VII Statistik, Personenstandserhebung 1945, Personenstandserhebung 1946.

und Politik.⁴⁹ Früher der NSDAP oder der DNVP angehörige LDP- und CDU-Mitglieder waren ein gefundenes Fressen für die Einheitssozialisten.⁵⁰ So zweifelte auch Landrat Glaubrecht mit Blick auf ehemals „deutsch-national eingestellte Personen“ an der nach Lesart von SED und SMA demokratischen und fortschrittlichen Politik von CDU und LDP, da deren „Wandlung zur demokratischen Gesinnung kaum anzunehmen“ sei. (Dok. 41) Daß die SED in der Auseinandersetzung mit Vertretern der bürgerlichen Parteien, die aufgrund ihrer Popularität unter der Wählerschaft den Einheitssozialisten das Wasser abgruben, zu einer harten Gangart bereit war, zeigte sie unter anderem durch den Einsatz von SED-Störtrupps auf Wahlkampfveranstaltungen von LDP und CDU.⁵¹

Zu den am 8. September 1946 abgehaltenen Kommunalwahlen konnte Glaubrecht eine „nahezu hundertprozentig[e]“ Wahlbeteiligung vermelden. Tatsächlich betrug die Wahlbeteiligung bei den Gemeindewahlen im Mansfelder Seekreis 94,9%. Die SED konnte 71,1% der abgegebenen und gültigen Stimmen für sich vereinnahmen, die LDP 13,6% und die CDU 11,9%.⁵²

Immerhin wertete SED-Mitglied Glaubrecht die überwiegende Abgabe ungültiger Stimmen in Gemeinden, „in denen nur ein Wahlvorschlag eingebracht werden konnte“ – nämlich der der SED, als Ausdruck des Rechts auf freie Meinungsäußerung. (Dok. 42) Zustände kamen derartige Wahlbedingungen, weil die sowjetischen Kommandanturen in Orten, in denen es keine Ortsgruppen von LDP und CDU gab, die Aufstellung von Kandidaten dieser Parteien verweigerten.⁵³ Glaubrechts Gelassenheit kam daher nicht von ungefähr, konnten doch die auch in Massen ungültigen Stimmen dem Sieg der SED in den betreffenden Gemeinden nichts anhaben, es sei denn, keiner der Wahlberechtigten hätte für die SED gestimmt. Von der SMA der Provinz Sachsen in Auftrag gegebene Stimmungsberichte zeigen, daß die Nichtzulassung von LDP und CDU die Landbevölkerung gegen die SED aufbrachte. So sei in mehreren Kreisen

⁴⁹ Vgl. GARF 7133/1/274, Bl. 155ff., Bl. 165; Besonders das SED-Blatt „Freiheit“ polemisierte in einer regelrechten Serie gegen Politiker von CDU und LDP. Ebenda, Bl. 170f.; vgl. hierzu „Freiheit“, vom 23.7., 7.8.-19.8.1946.

⁵⁰ GARF 7133/1/274, Bl. 157. Der LDP-Kreisverband stand unter ständiger Beobachtung durch die Besatzungsmacht, da ihm über 100 frühere NSDAP-Mitglieder angehörten. Vgl. ebenda, Bl. 108.

⁵¹ Vgl. ebenda, Bl. 167; vgl. LAMer, SED-Landesvorstand Sachsen-Anhalt, IV/L-2/55/21, Bl. 46.

⁵² Vgl. Matthias Tullner: Zwischen Demokratie und Diktatur. Die Kommunalwahlen und die Wahlen zum Provinziatlandtag in Sachsen-Anhalt im Jahre 1946, Magdeburg 1997, S. 88.

⁵³ Bereits am 25. Juni 1946 hatte die SMA die Kommandanturen über im Wahlkampf gegen die bürgerlichen Parteien zu ergreifende Maßnahmen instruiert. Den Hauptkonkurrenten der SED sahen die Besatzer seinerzeit noch in der CDU, gegen die sich die Maßnahmen richten sollten. Vgl. GARF 7133/1/272, Bl. 62.

festgestellt worden, daß die Bauern das Vorhandensein von nur einer Wahlliste scharf kritisierten. Die Bauern äußerten, daß sich solche Wahlen in keinsten Weise von den Wahlen in der NS-Zeit unterschieden. Sorgen bereitete den Offizieren der Informationsabteilung der SMA, daß sich „derartige Stimmungen nicht nur unter parteilosen Bauern, sondern auch unter Mitgliedern der SED und sogar bei einigen Funktionären“ feststellen ließen.⁵⁴

Daß die SED der sowjetischen Besatzungsmacht für deren restriktive Praxis gegenüber LDP und CDU dankbar sein konnte,⁵⁵ bewies das Wahlergebnis in der seinerzeit einen eigenen Stadtkreis darstellenden Stadt Eisleben. Hier bestanden etablierte Ortsgruppen der beiden bürgerlichen Parteien, denen es auch trotz aller Behinderungen durch SED und Besatzungsmacht gelang, die Wählerschaft zu mobilisieren.⁵⁶ Die SED erlitt in Eisleben bei einer Wahlbeteiligung von 91,4% mit 41,6% der abgegebenen und gültigen Stimmen eine Niederlage. Den zukünftigen Oberbürgermeister stellte daher mit Dr. Berthold Barwinski⁵⁷ die LDP, die die Wahl mit 43,3% für sich entschied. Die CDU kam auf 14,3%.⁵⁸ Ein solcher Wahlausgang stellte für die Einheitssozialisten eine Katastrophe dar, hatte man doch gerade im „roten Mansfeld“ mit solcherlei Ergebnissen am wenigsten gerechnet. Das schlechte Abschneiden der SED in Eisleben stellt jedoch insoweit in der Provinz Sachsen keinen Sonderfall dar, als sich in den dortigen 19 Stadtkreisen – den Zentren der Arbeiterschaft, die die SED zu repräsentieren beanspruchte – die Wahlergebnisse insgesamt als Fehlschlag erwiesen.⁵⁹ Die SED schob die für sie auch im Mansfelder Seekreis enttäuschenden Ergebnisse auch auf die Unzulänglichkeit der eigenen Kader, so „persönliche Verfehlungen von“ – hier fast ausschließlich der SED zugehörigen – „Bürgermeistern und persönliche Differenzen unter Funktionären“. (Dok. 47)

Ihre größten Erfolge bei den Gemeindewahlen hatte die SED im Mansfelder Seekreis in den Landgemeinden erreicht,⁶⁰ trotz oder gerade

⁵⁴ GARF 7133/1/274, Bl. 175.

⁵⁵ Vgl. hierzu Semirjaga: Kak my, S. 74.

⁵⁶ Zur Wahlkampfarbeit der LDP vgl. GARF 7133/1/274, Bl. 108ff., Bl. 156ff. sowie der CDU ebenda, Bl. 104ff.

⁵⁷ Berthold Barwinski, Bürgermeister der Stadt Eisleben vom 1.11.1945 bis 2.11.1946, Oberbürgermeister 2.11.1946 bis 26.11.1948. Vgl. StAEil, Stadtvoigte, Bürgermeister und Oberbürgermeister der Stadt Eisleben.

⁵⁸ Vgl. Tullner: Demokratie, S. 34, S. 40.

⁵⁹ Vgl. Hermann Weber: Die DDR 1945-1986, München 1988, S. 15f.; vgl. Tullner: Demokratie, S. 35.

⁶⁰ Die Wahlerfolge der SED auf dem Land stellen insoweit keine Besonderheit dar, sondern entsprechen der Stimmenverteilung sowohl in der Provinz Sachsen, als auch in der SBZ. Vgl. hierzu Günter Braun: Zur Entwicklung der Wahlen in der SBZ/DDR 1946-1950, in: Hermann Weber (Hg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und

wegen der dort in Massen abgegebenen ungültigen Stimmen. Diese Erfolge schrieb sich die Partei aufgrund der vom SED-Kreissekretariat verfügbaren restlosen Mobilisierung der Parteimitglieder in der letzten Woche vor der Wahl auf die Fahne, wodurch der Masseneinfluß der Partei sehr gut gewesen sei. (Dok. 43)

Nichtsdestotrotz war der Wahlkampf nicht abgeschlossen, ein analoger Ausgang der zum 20. Oktober 1946 bevorstehenden Kreis- und Landtagswahlen nicht zu erwarten, auch wenn Landrat Glaubrecht der Wählerschaft unterstellte, schon zu wissen, „welche Entscheidung sie zu treffen hat und welcher Partei sie ihre Stimme geben wird“. (Dok. 44) Schließlich galten hierfür andere Spielregeln, da diesmal den sowjetischen Orts- und Kreiskommandanturen hinsichtlich der Zulassung der Parteien direkte Interventionen nicht möglich waren. CDU und LDP waren demnach grundsätzlich überall zugelassen.⁶¹

Charakteristisch für die Landtagswahlen in der Provinz Sachsen erwies sich der Umstand, daß die SED gerade in den traditionellen Hochburgen der KPD relativ schlecht abschnitt, die erwarteten hohen Siege blieben aus. Auch das Mansfelder Land spielt in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Mit 50,2% bei den Kreis- und 50,1% bei den Landtagswahlen fiel der Wahlsieg der SED im Mansfelder Seekreis denkbar knapp aus. Im Stadtkreis Eisleben erlebten die Einheitssozialisten bei der Landtagswahl mit nur 33,4% ihr Waterloo. Die LDP hingegen errang mit 53,8% die absolute Mehrheit.⁶² Die Schlappe in Eisleben nahm sich das Sekretariat des SED-Provinzialvorstands derart zu Herzen, daß empfohlen wurde, zur Strafe „das Bürgertum im Wohnraum einzuengen.“ Zudem wurde die Eislebener LDP verdächtigt, der SED insbesondere die Jungwähler abspenstig gemacht zu machen. Ihrer Unbeliebtheit unter den Vertriebenen waren sich die Genossen aufgrund der von ihnen propagierten Unabänderlichkeit der Oder-Neiße-Grenze zumindest bewußt. Auch durch einen kurz vor der Wahl inszenierten Kurswechsel hatten sich die Sympathiewerte der SED unter den „Umsiedlern“ nur unwesentlich verbessert. So gelang es der SED auch nicht, LDP und CDU, deren Politiker sich zumeist vehement gegen die Oder-Neiße-Grenze wandten, den Wind aus den Segeln zu nehmen. (Dok. 47)

Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945-1950, Köln 1982, S. 547.

⁶¹ Dennoch kam es auch diesmal zu massiven Behinderungen der bürgerlichen Parteien durch die Besatzungsmacht. Im Kreis Sangerhausen wurde die LDP unmittelbar vor der Wahl durch den Kreiskommandanten verboten. Vgl. LAMer, SED-Landesvorstand Sachsen-Anhalt, IV/L2/55/26. Im Kreis Bitterfeld wurde die Kandidatenliste der LDP nicht zugelassen. Vgl. Tullner, Demokratie, S. 57.

⁶² Die CDU kam auf 12,5%, die von der SED dominierte Liste der VdgB auf 0,3%. StAEil, E VI 1 Wahlen, Bl. unpag. Rat der Stadt Eisleben, Wahlamt, 14.10.1949: Wahlergebnisse Lutherstadt Eisleben 1946, Gemeindevahl und Landtagswahl. Kreistagswahlen fanden in den Stadtkreisen nicht statt.

VI. *Von politischen und sonstigen Desastern*

Landrat Glaubrecht schob das schlechte Abschneiden der SED bei den Oktoberwahlen der Besatzungsmacht in die Schuhe. Verschiedene von der SMA initiierte Maßnahmen vor der Wahl, „so die Hausbrandsausgabe“, hätten bei „weiten Teilen der Bevölkerung kein Verständnis [gefunden] und veranlaßte[n] umsomehr zur Oppositionsstellung, weil der Grund für diese Maßnahmen nicht einzusehen“ war. Offen beklagte er sich darüber, daß trotz voller Kohlenlager in den Gruben des Mansfelder Seekreises das Verbot bestehe, Kohlen „an Privathaushalte, Bäckereien und sonstige Einrichtungen herauszugeben“. (Dok. 45) Angesichts des bevorstehenden Winters beeinflusste dieses Problem nicht nur das Wahlergebnis der SED, sondern wirkte sich langfristig negativ auf die Stimmung der Bevölkerung aus, wie ein Bericht vom November 1946 verrät. Froren wegen der katastrophalen Brennstoffversorgung nicht nur große Teile der Bevölkerung in ihren kalten Wohnungen, so schürten auch Schwierigkeiten in der Nahrungsmittelversorgung und ein spürbarer Mangel an Schuhwerk und Bekleidung die Furcht vor dem nahenden Winter. (Dok. 46) Besonders hart traf dies die im Mansfelder Seekreis einquartierten Vertriebenen, deren „Wünsche nach... Haushalt und Textilien beim besten Willen nicht berücksichtigt werden konnten“. ⁶³ Letztendlich rangierten die Vertriebenen und ihre Nöte aller Propaganda zum Trotz weit hinter der unter den gleichen Mängeln leidenden Bergarbeiterschaft, doch erfüllten letztere sowjetische Reparationsaufträge und wurden daher bevorzugt behandelt. ⁶⁴

Die Sorgen der Betroffenen waren nicht unbegründet, folgte doch der auch heute noch für seine hinsichtlich Dauer und Kälte extremen Bedingungen berüchtigte Winter 1946/47. Die Stimmung der Bevölkerung beschrieb Glaubrecht Mitte November 1946 wegen des anhaltenden Mangels an Heizmaterial schon als „beklemmend“ (Dok. 48), unter den Bauern herrschte aufgrund der zum Monatsende 100%ig zu erfüllenden Ablieferungspflicht nackte Verzweiflung. Kamen sie der Ablieferung in vollem Umfang nach, dann gefährdeten sie sowohl ihre eigene, als auch die Ernährung ihrer Arbeiter, die Futtermittelversorgung des Viehs und auch das Saatgut für das nächste Frühjahr – ein Umstand, der auch der lokalen SED-Führung nicht verborgen blieb.

Das Dilemma der SED auf dem Lande konnte kaum größer sein. Einerseits erwarteten die Bauern von der Partei, daß diese sich gegenüber der Besatzungsmacht für eine Lösung des Problems einsetzte. (Dok. 50) Dazu war die SED jedoch weder bereit noch fähig, auch wenn der Landrat mahnte, man könne „dem gesunden und anständigen Bauern“ nicht seine

⁶³ Vgl. LAMer, Rep. K Kreisverwaltung Eisleben, Nr. 81, Bl. 99; sowie ebenda, Nr. 759, Bl. 8; vgl. hierzu auch Spuhn: Studien zur Aufnahme, S. 88.

⁶⁴ Hierzu vgl. Dierk Hoffmann: Aufbau und Krise der Planwirtschaft. Die Arbeitskräftelenkung in der SBZ/DDR 1945 bis 1963, München 2002, S. 169ff.

Lebensgrundlage entziehen, da sich dies langfristig negativ auf die Gewährleistung der Lebensmittelversorgung auswirken würde. Die Engpässe in der Lebensmittelversorgung waren derart akut, daß Glaubrecht klarstellte, daß man in jedem Fall auf der restlosen Ablieferung der landwirtschaftlichen Produkte bestehen müsse, um die auf den Lebensmittelkarten garantierten Rationen aufrecht erhalten zu können.⁶⁵ (Dok. 48, 49)

Damit bei den Bauern nicht allein die als williges Exekutivorgan der Besatzungsmacht verschrieene SED als Sündenbock dastand, sollten auch LDP und CDU für die restlose Ablieferung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse agitatorisch eingespannt werden. Eine auch von den bürgerlichen Parteien zu tragende Kampagne gegen Schiebertum und Schwarzhandel sollte die Bevölkerung zudem von den eigentlichen Ursachen der Ernährungskrise ablenken. Trotzdem sah der Landrat nicht nur der SED, sondern auch LDP und CDU im ländlichen Raum die Felle wegschwimmen. (Dok. 49, 51) Folglich waren Vertreter aller Parteien bemüht, den Bauern zu versichern, daß sie, unverschuldet mit der Ablieferung in Verzug geraten, mit keiner Bestrafung zu rechnen hatten. Trotzdem seien die landwirtschaftlichen Erzeugnisse „ehrlich“, also restlos, abzuliefern – eine Anspielung auf von den Bauern heimlich angelegte Vorratslager, die ihnen das Überleben sichern sollten. (Dok. 50) Von staatlichen Stellen wurde ungeachtet dessen auf restlose Ablieferung und unnachgiebiges Vorgehen bei Nichterfüllung des Solls gedrungen. Die Justizbehörden wurden angewiesen, „im Schnellverfahren jeden einzelnen Fall zu entscheiden. Durch derartige schnelle Entscheidungen werden der Öffentlichkeit warnende Beispiele gegeben, die die Versuchung, sich den gesetzlichen Verpflichtungen zu widersetzen, auf ein Mindestmaß beschränken werden.“⁶⁶

Politisch war die Ablieferungs- und Versorgungskrise nicht nur für die Parteien prekär, auch die Autorität der Verwaltungsorgane hatte erheblich gelitten. Dem Landrat bereitete die anhaltend schlechte Stimmung unter der Landbevölkerung auch deshalb Kopfschmerzen, da sich diese im Kampf um die eigene Existenz Versuchen politischer Beeinflussung zunehmend entzog. Er befürchtete, daß es der SED nicht gelingen würde,

⁶⁵ Eine schonungslose Analyse der Nahrungsmittelversorgung in der SBZ bietet Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch. Tatsachen und Probleme, hrsg. von Ferdinand Friedensburg. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 1947, S. 72ff. Die Verfasser äußern sich befremdlich über die von der SMAD durchgesetzte Regelung, je größer die Städte, um so höher die Lebensmittelrationen. Für ländliche Gemeinden wurde quasi vorausgesetzt, daß diese sich trotz der oft unrealistisch hohen Ablieferungspflichten selbst ernähren könnten. Vgl. ebenda, S. 75.

⁶⁶ StAEil, E I 148, Nr. 3411, Bl. unpag. Der Bezirkspräsident an die Landräte und Oberbürgermeister betr. Strafverfolgung bei Vergehen gegen die Ablieferungspflicht, 17.11.1946.

ihren Verfassungsentwurf unter der Landbevölkerung so zu verbreiten, daß sich diese hierfür propagandistisch einsetzen ließe. (Dok. 51, 52)

Nachdem die SED schon aus den Wahlergebnissen die Schlußfolgerung gezogen hatte, daß die Wahl vom überwiegenden Teil der Kreisbevölkerung „nicht als politische, sondern als eine gegen die bestehende Ordnung (Besatzungsmacht) gewertet“ wurde (Dok. 47), gestand SED-Funktionär und Landrat Glaubrecht am 31. Mai 1947 das Scheitern der bisher von der SED geführten Aufklärungspolitik indirekt ein. Um das Verhältnis der Bevölkerung zur Besatzungsmacht stand es zwei Jahre nach Kriegsende nicht gerade zum Besten. Die Bevölkerung sah in der sowjetischen Besatzungsmacht und den von dieser durchgeführten Maßnahmen die Ursachen für die immer schlechter werdende wirtschaftliche Lage, allen Verweisen der SED auf die Folgen des von den Nationalsozialisten entfesselten Krieges zum Trotz. (Dok. 54) Die allgemeine Unzufriedenheit der Bürger äußerte sich im Auftauchen von Flugblättern, deren Verfasser ihrem Unmut über die von den SED-Führern Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl praktizierte Politik und die schlechten Lebensverhältnisse in Gedichtform Luft verschafften. Offenbar traf derartige Lyrik den Nerv der Mansfelder Bevölkerung, die sich fleißig an der Verbreitung der auch anderen Orts in der Provinz Sachsen-Anhalt aufgetauchten Flugblätter beteiligte.⁶⁷ Wie sich später herausstellte, wurden die Flugblätter auch von Angestellten des Landratsamtes vervielfältigt. Am Vorabend des ersten Mai 1947 marschierten Kinder nicht nur mit der Fackel in der Hand, sondern auch mit ausgeschnittenen Hakenkreuzen durch Eisleben, die von zwei später verhafteten weiblichen Personen verteilt worden waren. (Dok. 54)

Daß Protest- und Widerstandsakte gegen die von SMA und KPD/SED propagierte und durchgeführte Politik bei anhaltend schlechter Wirtschafts-, Ernährungs- und Versorgungslage weiterhin nicht auszuschließen waren, hatten die Vertreter im Antifaschistischen Kreisausschuß bereits Anfang 1946 erkannt.⁶⁸ Mit der Richtlinie, sämtlichen gegen die KPD- und Besatzungspolitik gerichteten Vorkommnissen und Mißfallensbekundungen der Bevölkerung mit Verhaftungen, vor allem aber politischer Aufklärungsarbeit begegnen zu wollen, gestand der Ausschuß seine Hilflosigkeit geradezu ein. Politische Aufklärungsarbeit galt den Genossen als Allzweckwaffe bei allen auftauchenden Problemen – bei als ungerichtet erachteten Beschlagnahmungen und Ablieferungsquoten, in Gemeinbewirtschaftung arbeitenden Neubauern, Unverständnis wegen der sowjetischen Demontagepraxis oder auch kursierenden Gerüchten jeder

⁶⁷ Ähnliche Flugblätter tauchten im Kreis Merseburg auf, die sowjetische Besatzungsmacht vermutete „rechte Sozialdemokraten“ als Urheber. Vgl. GARF 7133/1/276/347f.

⁶⁸ Vgl. Dok. 24.

Art. Doch stand ein Jahr später fest, daß sich alle Mühen der Genossen als weitestgehend nutzlos erwiesen hatten.

Was das Verhältnis der Mansfelder Bevölkerung zur sowjetischen Besatzungsmacht anbelangt, so vermitteln berauschte Feiern zum Jahrestag der Oktoberrevolution und Freundschaftsbekundungen zur Sowjetunion (Dok. 12) ein stark verzerrtes Bild der Wirklichkeit. So kam selbst der ehemalige Landrat Otto Gotsche, Vorsitzender der SED-Kreisorganisation Eisleben und seit 1946 Präsident der Bezirksregierung in Merseburg, nicht umhin, auf einer Sitzung des SED-Landesvorstandes Sachsen-Anhalt zu den in Eisleben wie anderswo in Sachsen-Anhalt herrschenden Verhältnissen empört Stellung zu nehmen. „Ich habe festgestellt, daß im allgemeinen die öffentliche Sicherheit vor die Hunde gegangen ist. Wenn man in der Straßenbahn, Eisenbahn, in öffentlichen Diskussionen vor Lokalen und Läden zuhört, ist immer wieder ein roter Faden festzustellen, daß sich ein, ich möchte fast sagen, unmenschlicher Haß breitmacht, der sich gegen die Besatzungsmächte richtet. Ich muß das aussprechen, weil das Tatsache ist.“⁶⁹

⁶⁹ Zitiert nach Andreas Malycha: Die Illusion der Einheit – Kommunisten und Sozialdemokraten in den Landesvorständen der SED 1946-1951, in: Michael Lemke: Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945-1953), Köln 1999, S. 101.

VII. Dokumentenanhang

Dokument 1

Der Landrat des Mansfelder Seekreises an Kapitän Panschina, politischer Offizier der Kreiskommandantur in Eisleben, 11.08.1945.⁷⁰

„betr.: angeforderter Bericht über die Stimmung in der Bevölkerung
Grundsätzlich muß man feststellen, daß in der Bevölkerung noch immer große Teilnahmslosigkeit für politische Fragen herrscht. So wurde selbst die Meldung über die neue Entwicklung des Krieges gegen Japan durch das Eingreifen der Sowjetunion wenig beachtet. Kleine Tagesfragen stehen noch immer im Vordergrund. Andererseits muß beachtet werden, daß im Augenblick die Anstrengungen zur Einbringung der Ernte wenig Zeit für politische Fragen lassen. Vor einigen Tagen ging wie ein Lauffeuer durch das Land, daß Krieg vor der Tür stände zwischen England, Amerika und der Sowjetunion. Die Ursache war die Veröffentlichung eines alten Befehls in der Kreiskommandantur. Die Anordnungen zur Verdunklung usw. wurden mißverstanden.

Auf dem Lande wird die allgemeine Stimmung außerordentlich stark beeindruckt durch die sich steigernden unberechtigten Anforderungen von Fleisch und Lebensmitteln durch Angehörige der Besatzungsarmee und der Ortskommandanturen.

Das Wegtragen von tragenden Sauen wird stark diskutiert. Da im Augenblick jede örtliche Zeitung und auch das amtliche Mitteilungsblatt fehlt, werden viele Gerüchte kolportiert. Immer wieder taucht das Gerücht auf, daß das Mansfelder Land wiederum von Engländern oder Amerikanern besetzt werden würde.

Weiterhin wird diskutiert die neue Umlageverordnung, die besonders einschneidend ist für die Kleinst- und Kleinbetriebe, die bisher von der Ablieferung befreit waren. Im Mansfelder Land hat der Arbeiter des Schachtes zu Hause noch einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb, der ihm die notwendigen Lebensmittel liefert. Die neue Ablieferungsordnung bezieht auch diese Kleinst- und Kleinbetriebe ein.

Die Versammlungstätigkeit ist auch noch nicht genügend und das Leben in den Versammlungen noch nicht entwickelt. Die ernste Ernährungslage steht immer wieder im Vordergrund. Es bedarf noch großer Anstrengungen der politisch führenden Kräfte, um hier ein politisches Leben zu entwickeln.

Irgendwelche Tätigkeit von Faschisten wurde bisher nicht festgestellt, lediglich ist anzunehmen, daß die Gerüchte über Besatzungswechsel usw. von dieser Seite ausgehen. Der Kampf gegen Gerüchtemacher wird in den Versammlungen behandelt.

⁷⁰ LAMer, Rep. K, Kreisverwaltung Eisleben, Nr. 83, Bl. 1.

Auf dem Lande erwarten viele Kleinbauern eine Aufteilung des Großgrundbesitzes, um ihren Landhunger zu stillen. Das persönliche Verhältnis zwischen Angehörigen der Roten Armee und der Bevölkerung entwickelt sich dort günstig, wo die starken Anforderungen an Lebensmitteln nicht gestellt werden. Die Vorführung des ersten russischen Filmes hat guten Boden gefunden.“

Dokument 2

Der Landrat des Mansfelder Seekreises an Kapitän Panschina, politischer Offizier der Kreiskommandantur in Eisleben, 27.8.1945.⁷¹

„Am Freitag, dem 24.8.1945, fand in Wansleben eine öffentliche Versammlung der Kommunistischen Partei statt. Besucherzahl etwa 600 Personen. Die Stimmung in der Versammlung war ausgezeichnet. Im Mittelpunkt standen die Fragen: Sofortaufgaben der politischen Parteien, Ernteinbringung, Vorbereitung der Herbstsaat und Ostflüchtlinge.

Am Sonnabend, dem 25.8.1945, fand die erste Jugendversammlung in unserem Kreise statt, und zwar in Helbra. Anwesend waren etwa 400 Jugendliche. Der Erfolg ist sehr zufriedenstellend. Die Linie meiner Ausführungen war:

Wer ist wirklich Patriot?

Wer kämpft im Interesse des Volkes?

Wer baut eine neue Zukunft auf?

Und daß die Jugend der Träger des Aufbaus einer neuen Welt sein müsse. Beispiel: der Aufbau des Sozialismus (sic!) in der Sowjetunion und die Rolle des Jugendverbandes. Am Donnerstag und Freitag, dem 23. und 24.8.1945, wurden in Versammlungen die Bürgermeister und Spitzen der politischen Parteien des Kreises zusammengefaßt. Im Vordergrund stand: Vorbereitung der Herbstsaat, Ostflüchtlinge. In diesen Versammlungen erkennt man am Besten die Lage im Kreis.

Ich wollte, Sie Herr Major, hätten daran teilgenommen und gesehen, wie schwer die ungerechten Entnahmen auf dem Lande lasten und unsere ganze Organisation der Ablieferung und der Erntesicherung durcheinanderbringen.

Gestern fand in Halle eine außerordentlich gute Kommunalvertreterkonferenz der Kommunistischen Partei für die Provinz Sachsen statt. Es war eine der besten Konferenzen, die ich in meinem Leben mitgemacht habe, und stellte in den Vordergrund die konkreten Aufgaben des Tages.“

⁷¹ Ebenda, Bl. 2.

Dokument 3

Der Landrat des Mansfelder Seekreises an Kapitän Panschina, politischer Offizier der Kreiskommandantur in Eisleben, 4.9.1945.⁷²

„Am Sonnabend, dem 1. September 1945, fand in Wansleben eine Jugendkundgebung statt. Besucherzahl etwa 400 Jugendliche und 50 Erwachsene. Der Erfolg der Versammlung ist als gut zu bezeichnen. Gestern, am 3. September, anlässlich des Tages des Sieges⁷³ wurde nach Mitteilung der Arbeitsruhe für alle Betriebe unserer Stadt für das gesamte Personal des Landratsamtes eine Belegschaftsversammlung durchgeführt und auf die Bedeutung dieses Tages hingewiesen. Anschließend an diese Belegschaftsversammlung wurde die Arbeit eingestellt.“

Dokument 4

Der Landrat des Mansfelder Seekreises an den Kreiskommandanten für den Mansfelder Seekreis und die Stadt Eisleben in Eisleben, 04.09.1945.⁷⁴

„Vor einigen Tagen wurde auf dem Gute von Wedel in Piesdorf ein Schwein von 170 kg unter Gewaltanwendung von einem russischen Offizier entnommen. Dieser Offizier war in Begleitung eines Zivilisten und zweier Soldaten. Sie erklärten, sie holten das Schwein für die GPU...“

Dokument 5

Der Landrat des Mansfelder Seekreises an Herrn Major Panschina beim Kommandanten in Eisleben, 04.09.1945.⁷⁵

„Mit allem Nachdruck und allem Ernst weise ich heute darauf hin, daß unsere gesamte politische Arbeit erfolglos wird, durch die Übergriffe der einzelnen Ortskommandanten. Unser ganzes Versorgungssystem, unsere ganzen Ablieferungen an die Rote Armee werden gefährdet durch diese Beschlagnahmungen und Entnahmen von Lebensmitteln und Vieh. Diese Ortskommandanten weigern sich, irgendwelche Regulierungsscheine auszuhändigen und es erscheinen alle möglichen Leute, die sagen, ich bin beauftragt, für den und den Ortskommandanten das und das zu holen.

⁷² Ebenda, Bl. 3.

⁷³ Für die am 8. August in den Krieg gegen Japan eingetretene Sowjetunion endete der Zweite Weltkrieg am 2. September mit der Unterzeichnung der japanischen Kapitulationsurkunde auf dem in der Bucht von Tokio ankernden amerikanischen Schlachtschiff „Missouri“. Der 3. September wurde als Tag des Sieges zum Feiertag erklärt.

⁷⁴ Ebenda, Bl. 4.

⁷⁵ Ebenda, Bl. 7.

(Zweifellos handelt es sich in großen Umfange um Betrüger.) So wurde ein Schwein abgeholt, angeblich für die GPU (NKWD). Ich wende mich an Sie im Vertrauen, daß Sie in mir den verantwortungsbewußten Mann sehen.

Die einzelnen Bürgermeister wagen es nicht, mir über diese Dinge Bericht zu erstatten, weil sie Gegenmaßnahmen der Ortskommandanten fürchten. Ich halte es für notwendig, daß wir endlich zu geordneten Verhältnissen kommen, um unsere Ablieferungspflichten durchführen zu können und auch ein Vertrauensverhältnis zwischen Bevölkerung und Besatzung hergestellt wird. Es wird sich notwendig machen, daß:

1. Entnahmen von Produkten nur auf Aushändigung eines vom Kreiskommandanten ausgefüllten Formulars vorgenommen werden,
2. die Belieferung der einzelnen Gruppen der Besatzung von der Wirtschaftserfassungsorganisation getätigt wird,
3. Ablieferungsforderungen örtlicher Gruppen von der Zivilverwaltung, also vom Landrat, gegengezeichnet werden, damit wir eine Übersicht über die abgelieferten Mengen erhalten.

Ganz ohne Zweifel stehen die abgelieferten Mengen in keinem Verhältnis zu dem tatsächlichen Verbrauch der Besatzungstruppen.

Ich glaube, es muß auch endlich eine Regelung erfolgen, daß nicht Kostüme und Schneiderkleider für Dolmetscherinnen von den Ortskommandanten verlangt werden, ohne daß man eine Kontrolle darüber hat, wieviel an wen geliefert wird.“

Dokument 6

Der Landrat Mansfelder Seekreis an den Kreiskommandanten des Mansfelder Seekreises in Eisleben, 06.09.1945⁷⁶

„Bei dem Bürgermeister in Schraplau erschien gestern morgen ein auswärtiger Kommandant und erklärte ihm, daß er fortan für Schraplau zuständig sei. Gestern nachmittag kam der bisherige Kommandant von Schraplau und erklärte, daß ihm Schraplau wieder unterstellt sei. In der vergangenen Nacht wurde der Bürgermeister von Schraplau aus dem Bett geholt von einem Angehörigen der Besatzungstruppe. Es wurde von ihm die sofortige Lieferung einer großen Menge Wurst verlangt. Als der Bürgermeister erklärte, daß ihm das unmöglich sei, wurden auf ihn sechs Schüsse abgefeuert, er wurde nicht verletzt. Ich bitte den Kommandanten, entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Es wird mir täglich von den Bürgermeistern erklärt, daß ein weiteres Arbeiten unter diesen Verhältnissen nicht mehr möglich sei. Andererseits erklärten mir die Bürgermeister, daß sie eine Berichterstattung an mich fürchten, weil sie mit Repressalien der Kommandanten rechnen.“

⁷⁶ Ebenda, Bl. 8.

Dokument 7

Der Landrat des Mansfelder Seekreises an Kapitän Panschina, politischer Offizier der Kreiskommandantur in Eisleben, 06.09.1945.⁷⁷

„Heute morgen wurde mir mitgeteilt, daß in der Ortschaft Steuden jetzt die sechste Vergewaltigung zu verzeichnen ist.“

Dokument 8

Bericht über die Lage im Mansfelder Seekreis, 06.09.1945.⁷⁸

„Die allgemeine Beurteilung geht dahin, daß das politische Leben im Kreise noch immer nicht den Wünschen entspricht. Die breiten Massen sind nach der 12-jährigen Diktatur abgestumpft und stehen politischen Fragen oft interesselos gegenüber. Die Berliner Beschlüsse sind eigentlich wenig beachtet worden. Die Versammlungstätigkeit der politischen Parteien ist noch sehr schwach. Abgesehen von der kommunistischen Partei finden kaum Versammlungen statt.

In der letzten Woche machte sich eine Bewegung unter den Bauern bemerkbar. Es treffen täglich Anfragen ein, ob aufgrund des Aufrufs des Zentralkomitees der KPD, welcher zur Plattform für die antifaschistischen Parteien wurde, an die Aufteilung des Großgrundbesitzes zur Befriedigung des Landhungers der armen Bauern geschritten würde. Es treffen täglich Anträge von Gruppen der Bauern ein, welche Bitten und Forderungen auf Zuteilung von Land erhalten.

Besonders auf dem Lande stehen noch immer die unberechtigten Entnahmen im Mittelpunkt der Diskussionen ...

Manche Ortskommandanten haben ein System eingerichtet, wonach an dem und dem Tag der Ort soundsoviel Eier usw. abliefern muß. Außerdem fordern sie Fleisch und andere Lebensmittel, alles ohne entsprechende Requirierungsscheine, und darüber hinaus fordern sie Stoffe für Zivilanzüge in großem Umfange und auch Kostüme für die so genannten Dolmetscherinnen. Alle meine Versuche, diese Dinge abzubremsen, und ein geordnetes Zuteilungssystem für die Angehörigen der Besatzungsmacht in den einzelnen Orten durchzusetzen, blieben bisher erfolglos. Bei dem Kreiskommandanten findet man darin sehr wenig Unterstützung und Verständnis. Dieser Zustand gibt immer wieder Anlaß zu neuen Diskussionen.

Fühlbar macht sich der Mangel einer Zeitung, ja selbst eines amtlichen Verordnungsblattes, bemerkbar. Es ist unmöglich, alle die vielen Verordnungen sowohl der Besatzungsbehörde, wie auch der zivilen

⁷⁷ Ebenda, Bl. 9.

⁷⁸ Ebenda, Bl. 10.

Verwaltung genügend zu popularisieren. Darin liegt die Ursache von vielen Gerüchten, die immer wieder auftauchen und den Gegnern der jetzigen Entwicklung Stoff geben, feindliches Gerücht auszustreuen. All meine Vorstellungen auf Zulassung eines behördlichen Verordnungsblattes blieben erfolglos. Dabei ist zu bemerken, daß alle Voraussetzungen in technischer Beziehung gegeben sind.

Größere Vorkommnisse politischer Art sind in den letzten Wochen nicht zu verzeichnen.“

Dokument 9

Der Landrat des Mansfelder Seekreises an Major Panschina beim Kommandanten in Eisleben, 10.09.1945.⁷⁹

„Am Freitag, dem 7. des Monats, fand in Schraplau eine Versammlung der kommunistischen Partei mit etwa 300 Teilnehmern statt. Der Erfolg dieser Versammlung war gut. Am Sonntag, dem 9.9.1945, fand in Eisleben eine Konferenz des Gewerkschaftsbundes statt mit 200 gewählten Delegierten. Die Konferenz war ausgezeichnet. In Alsleben wurde am Freitag in der Nacht der Besitzer einer Hühnerfarm erschossen und ausgeplündert.“

Dokument 10

Ohne Titel, 28.09.1945.⁸⁰

„In die Berichtswoche fiel die Versammlung der Christlich-Demokratischen Union mit dem 2. Vorsitzenden Herrn Dr. Schreiber aus Berlin.

Diese Versammlung bedeutete einen Höhepunkt in der politischen Entwicklung. Die Ausführungen des Herrn Dr. Schreiber stießen auf allgemeinen Widerstand und nur durch sofortigen Abbruch der Versammlung ohne Diskussion wurde eine heftige Auseinandersetzung vermieden. Am Tage nach der Versammlung der Christlich-Demokratischen Union fand eine Versammlung der kommunistischen Partei, Ortsgruppe Eisleben statt, an der auch die übrigen Parteien des antifaschistischen Blocks teilnahmen. Es wurde eine EntschlieÙung angenommen, die den Herrn Dr. Schreiber entschieden ablehnt. Die näheren Einzelheiten sind aus der Tagespresse ersichtlich.⁸¹

⁷⁹ Ebenda, Bl. 14.

⁸⁰ Ebenda, Bl. 15.

⁸¹ Walther Schreiber (1884-1958), stellv. Vorsitzender der Ost-CDU, wurde im Nachhinein durch die SMAD wegen seiner Vorstellungen zur Durchführung der Bodenreform abgesetzt. Vgl. hierzu Monika Kaiser: Sowjetischer Einfluß auf die ostdeutsche Politik und Verwaltung 1945-1970, in: Konrad Jarausch, Hannes Siegrist

Die Bewegung der Bodenreform geht weiter, ohne besondere Merkmale zu bringen.“

Dokument 11

Der Landrat des Mansfelder Seekreises an den Kreiskommandanten, Herrn Major Panschina in Eisleben, 18.10.1945.⁸²

„In Bischoferode ereignete sich folgender Vorfall: Es wurde dort ein mit Schreibmaschine geschriebenes Schriftstück an eine öffentliche Anschlagssäule von unbekanntem Tätern angeheftet. Der Inhalt richtete sich gegen deutsche Mädchen, die als Huren bezeichnet wurden und wo auch russische Soldaten beleidigt wurden, weil sie mit deutschen Mädchen oder Frauen ein Verhältnis haben sollten. Russische Soldaten wurden nicht namentlich genannt. Als Folge dieses Anschlages haben russische Soldaten der Funkstation Bischoferode zwei junge Männer mißhandelt...“

Dokument 12

Der Landrat an die staatliche Abteilung im Hause, 08.11.1945.⁸³

„Im Berichtszeitraum sind in erster Linie die Bestrebungen der beiden Arbeiterparteien hervorzuheben, die Konsum- und Produktivgenossenschaften wieder ins Leben zu rufen. Dieser Bewegung ist bereits im Anlauf ein beträchtlicher Erfolg beschieden.

In einigen Orten des Kreises sind politische Krankheitserscheinungen, wie sie jede revolutionäre Umwälzung mit sich bringt, zu verzeichnen. Um das Ansehen der antifaschistisch-demokratischen Selbstverwaltung und auch der Parteien zu wahren, das notwendige Vertrauen der Bevölkerung zu den Männern im öffentlichen Leben sicherzustellen, sind entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Zu den hervorstechendsten politischen Ereignissen dieser laufenden Woche gehören zweifellos die von der KPD und SPD gemeinsam veranstalteten Feiern zu Ehren des 28. Jahrestages der russischen Oktoberrevolution. Die zahlreichen Veranstaltungen gestalteten sich zu einem überwältigendem Bekenntnis zur Idee des revolutionären Sozialismus und zur Einheit der deutschen Arbeiterklasse.“⁸⁴

(Hg.): Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945-1970, Frankfurt/New York 1997, S. 117; vgl. M. Richter: Die Ost-CDU 1948-1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, Düsseldorf 1991, S. 35f.

⁸² LAMer, Rep. K, Kreisverwaltung Eisleben, Nr. 83, Bl. 16.

⁸³ Ebenda, Bl. 21.

⁸⁴ Die Veranstaltungen standen unter dem Vorzeichen, die Vereinigung von KPD und SPD vorzubereiten. In sämtlichen Großbetrieben, so auch in den Schächten des Mansfelder Landes, traten auf Betriebsversammlungen Redner der KPD-Bezirksleitung

Dokument 13

Der Landrat an die staatliche Abteilung im Hause, 16.11.1945.⁸⁵

„Größere politische Ereignisse sind in der Berichtswoche nicht zu verzeichnen gewesen. Von politischer Bedeutung sind allerdings auch die der Verwaltung gestellten Tagesaufgaben. Eines der wichtigsten Probleme stellt die Tatsache dar, daß durch den Mangel an Transportmitteln die zur Ernährung der Bevölkerung und der in den Lagern untergebrachten Umsiedler notwendigen Maßnahmen gehemmt werden. So ist zum Beispiel die auf den Lebensmittelkarten garantierte Menge an Fleisch und Butter nur zur Hälfte beliefert wurden. Das hat im besonderen bei der schwerarbeitenden Bergarbeiterschaft zu berechtigten Protesten geführt.“

Dokument 14

Der Landrat des Mansfelder Seekreises an die staatliche Abteilung im Hause, 06.12.1945.⁸⁶

„Im Berichtszeitraum sind keine weiteren Anzeichen illegaler faschistischer Tätigkeit verzeichnet worden. In einer Polizei-Dienstbesprechung sind die Polizeibeamten von mir eindringlichst auf ihre Pflichten über die Bekämpfung der faschistischen Umtriebe aufmerksam gemacht worden.

Nach wie vor sind die antifaschistischen Parteien bemüht, in Mitglieder- und öffentlichen Versammlungen politische Erziehungs- und Aufklärungsarbeit zu treiben. Insbesondere die politische Ausrichtung der Neubauern ist als die vordringlichste Aufgabe betrachtet worden. Im engen Zusammenhang damit stehen die Bemühungen, freie Märkte im Kreise zu organisieren.

Soeben erhalte ich noch die Nachricht, daß in der vorgestrigen Nacht wieder faschistische Flugblätter verteilt worden sind. Die Verhaftung einer weiblichen Person, die der Täterschaft dringend verdächtigt ist, ist erfolgt. Weitere Maßnahmen, die im engen Einvernehmen mit der politischen Kommandantur der russischen Besatzungsbehörde durchgeführt werden, sind beabsichtigt.“

auf, um bei den Arbeitern, an die Fehler der Novemberrevolution 1918 und ihre Folgen erinnernd, für die Einheit der Arbeiterklasse zu agitieren. Vgl. Einicke: Der Worte sind genug gewechselt, S. 451.

⁸⁵ LAMer, Rep. K, Kreisverwaltung Eisleben, Nr. 83, Bl. 22.

⁸⁶ Ebenda, Bl. 23.

Dokument 15

Der Landrat des Mansfelder Seekreises an die staatliche Abteilung im Hause, 14.12.1945.⁸⁷

„Weitere Anzeichen von illegaler faschistischer Tätigkeit sind in der Berichtswoche nicht zu verzeichnen gewesen. Die politische Erziehungs- und Aufklärungsarbeit durch die antifaschistischen Parteien nimmt ihren Fortgang. Es wird versucht, in allen Orten des Kreises antifaschistische Ausschüsse zu bilden. Die Parteien sind im übrigen aufgefordert, Vorschläge für die Bildung eines antifaschistischen Kreisblocks, der die Funktion des früheren Kreistages übernimmt, einzureichen.“

Dokument 16

Der Landrat des Mansfelder Seekreises an den Kreiskommandanten der russischen Militärverwaltung in Eisleben, 21.12.1945.⁸⁸

„Bericht über die Stimmung der Zivilbevölkerung im Mansfelder Seekreis: In den Dörfern, in welchen Großgrundbesitz aufgeteilt worden ist, wird die endgültige Aufteilung lebhaft besprochen.

In einer Reihe von Dörfern, unter anderem Erdeborn, Wormsleben, Benndorf, Schraplau, Haus Zeitz, wird die endgültige Aufteilung von den Neubauern negativ diskutiert. Die Schwierigkeiten bei der Aufteilung - das Fehlen von Spannvieh, Kühen und Gebäuden - wird von einer Reihe von Neubauern als eine ernste Gefahr für die Bodenreform angesehen. Entsprechend aufklärende Versammlungen wurden dort durchgeführt. In den Industrieortschaften, vor allem in Ober- und Unterröblingen, Amsdorf, Schraplau, Volkstedt, Helbra und Polleben wird von der Industriebevölkerung Klage darüber geführt, daß die Lebensmittelzuteilung nicht rechtzeitig erfolgt. Vor allem aber wird Klage darüber geführt, daß im Verhältnis zu den Schwerst- und Schwerarbeitern in der Industrie die Vollselbstversorger (Bauern) erheblich mehr Lebensmittel zur Verfügung haben...

Ebenso wird die Regelung, daß Rentner - also alte Leute über 60 Jahre, - welche einen eigenen Haushalt haben, wenn sie als Teilselbstversorger Hausschlachtungen durchführen, von der gesetzlichen Abgabepflicht von 45 kg Fleisch befreit sind, während Rentner und alte Leute mit Lebensmittelkarten der Kategorie 6, wo sie nur 150 g in zehn Tagen bekommen, als ein Unrecht empfunden. Ein scherarbeitender Bergarbeiter muß von seinem Schwein abliefern, während der nichtbeschäftigte Rentner nicht abzuliefern braucht...

⁸⁷ Ebenda, Bl. 24.

⁸⁸ Ebenda, Bl. 25.

Mitte November wurden in Alsleben Zettel angeheftet, welche sich gegen die Kommunistische Partei, gegen die Sozialdemokratische Partei und gegen die Rote Armee richteten. Diese Erscheinung ist aber jetzt noch nicht wieder beobachtet worden.“

Dokument 17

Der Landrat des Mansfelder Seekreises, o.D.⁸⁹ [Der Bericht stellt ein Antwortschreiben auf ein Ersuchen des Bezirkspräsidenten in Merseburg an die Landräte und Oberbürgermeister der kreisfreien Städte vom 3. Januar 1946,⁹⁰ bis zum 10. Januar 1946 einen Bericht zu den oben beschriebenen Punkten anzufertigen, dar; D.B.]

„Die Mehrheit der Bevölkerung des Mansfelder Seekreises, insbesondere die sozialistisch-kommunistische Arbeiterschaft, war in Erwartung des Einmarsches der Roten Armee freudig gestimmt. Sie versprach sich von der russischen Besatzungstruppe eine besonders wirksame Hilfe beim antifaschistisch-demokratischen Neubau unserer engeren Heimat. Die dann getroffenen Maßnahmen wurden anfänglich nicht immer von der Bevölkerung richtig verstanden. Sie erzeugten hier und dort sogar auch einmal Mißstimmung, die durch Handlungen übereifriger Antifaschisten, die beispielsweise bei Wohnungsbeschlagnahmungen usw. sich über Gesetze und Verordnungen der Selbstverwaltungskörperschaften hinwegsetzten, noch gesteigert wurde. Das war auch der Nährboden für die in den einzelnen Bezirken des Kreises aufkommenden Versuche illegaler faschistischer Tätigkeit. Die Abstellung dieser Mängel in Verbindung mit verstärkter politischer Aufklärungsarbeit der antifaschistisch-demokratischen Parteien lassen bei der Kreisbevölkerung die Erkenntnis stärker reifen, daß die russische Besatzungsmacht die Bestrebungen der deutschen Behörden fördern möchte.“

⁸⁹ Ebenda, Bl. 28.

⁹⁰ Vgl. ebenda, Bl. 29.

Dokument 18

Der Landrat des Mansfelder Seekreises, 03.01.1946.⁹¹

„Besondere politische Ereignisse waren auch in der letzten Woche nicht zu verzeichnen. Die von den zentralen Stellen der beiden Arbeiterparteien beschlossenen Vorbereitungen für die Einheit der Arbeiterbewegungen werden aber jetzt schon in den Reihen der Arbeiter des Mansfelder Seekreises lebhaft diskutiert. Es steht zu erwarten, daß daraus sich eine besondere politische Aktivität in den einzelnen Orten einstellt.

Bei der Ankunft eines Umsiedlerzuges und der zur Behebung der Not, die es im Zuge der fürsorgerischen Betreuung zu beheben galt, getroffenen Maßnahmen, hat sich ein fühlbarer Mangel an Wäsche herausgestellt.⁹² Das einzelne Fürsorgepersonal war nicht in der Lage, die zur Reinigung der Hände notwendige Wäsche benutzen zu können. Ich habe daher in einem Appell an die ehemaligen Nazisten des Kreises um die Herausgabe von Wäsche ersucht. Diese freiwillige Spende soll als ein Maßstab für die Sühne ihrer Schuld angesehen werden, die sie in der Mitgliedschaft in der NSDAP auf sich geladen haben.“

Dokument 19

Der Landrat des Mansfelder Seekreises, 10.01.1946.⁹³

„Die Delegiertenwahlen zu dem Gewerkschaftskongreß und die Wahlen zu den Betriebsausschüssen geben der politischen Situation der Berichtswoche das Gepräge. In den Betrieben des Kreises finden die Bemühungen der beiden Arbeiterparteien, zur Einigung zu kommen, guten Boden vor.“⁹⁴

⁹¹ Ebenda, Bl. 30.

⁹² Durch den Landrat des Mansfelder Seekreises wurde 1945 die „Mansfelder Volkshilfe“, ein Zweckverband, in dem alle „antifaschistischen“ Parteien vertreten waren, für den Mansfelder Seekreis und den Stadtkreis Eisleben geschaffen. Zusammen mit der Evakuierten-Organisation war sie für die Sozialbetreuung der Vertriebenen zuständig. Vgl. LAMer, Rep. K, KV Eisleben, Nr. 236, Bl. 16; Spuhn: Studien zur Aufnahme, S. 31. Zur Umsiedler- und Flüchtlingsproblematik in Sachsen-Anhalt vgl. Torsten Mehlhase, Flüchtlinge und Vertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg in Sachsen-Anhalt. Ihre Aufnahme und Bestrebungen zur Eingliederung in die Gesellschaft, Münster, 1999; Manfred Wille (Hg.), „Die Vertriebenen in der SBZ/DDR Dokumente – Ankunft und Aufnahme (Bd.1)“, Wiesbaden, 1996; „Massentransfer, Wohnen, Arbeit 1946-1949 (Bd.2)“, Wiesbaden, 1999.

⁹³ LAMer, Rep. K, Kreisverwaltung Eisleben, Nr. 83, Bl. 31.

⁹⁴ Zur Thematik vgl. Andreas Schmidt, Die Zwangsvereinigung in der Provinz Sachsen, in: Hermann-Josef Rupieper, Rüdiger Fikentscher, Zwischen Zwangsvereinigung und unfreiwilligem Zusammenschluß: KPD/SPD in der Provinz Sachsen 1945/46, S. 76ff.

Die politische Erziehungsarbeit der Bevölkerung, die insbesondere sich gegen die illegale faschistische Tätigkeit richtet, nimmt weiteren Fortgang...“

Dokument 20

Der Antifaschistische Ausschuß Stedten an den Landrat des Mansfelder Seekreises, 30.11.1945.⁹⁵

„Betreff: Nazistische Wühlarbeit

Erneut wurde in der Ortsgruppe Stedten eine aktive nazistische Wühlarbeit festgestellt. Am 29.11.1945 zwischen 18 und 19 Uhr wurde an der schwarzen Bekanntmachungstafel am Gemeindeamt ein Blatt (Plakat) in der Größe 20 x 25 cm gefunden. Der Inhalt desselben lautete ungefähr:

„Bei Hitler gab es mehr zu essen und anzuziehen als bei den Kommunisten. Früher ging man sauber angezogen, heute geht man zerlumpt. Hitlerjungen, haltet euch von der KPD fern, wartet auf Hitler!“

Auf der Rückseite war ein Spruch eines der damaligen Staatsmänner und ein preußischer Adler verzeichnet. Dieses Plakat wurde entfernt und vernichtet. Die Personen, die es entfernt und vernichtet haben, sind bereits festgestellt und dem Polizeiwachtmeister S. gemeldet worden...“

Dokument 21

Der Bürgermeister der Gemeinde Stedten an den Landrat des Mansfelder Seekreises, 05.12.1945.⁹⁶

„Betr.: Bekämpfung des Faschismus

Auf die dortige Verfügung vom 27.11. des Jahres - Pol. 100 - berichte ich, daß heute - in den Morgenstunden - wieder ein Plakat nazistischer Propaganda an der Anschlagstelle in der hiesigen Siedlung (Pastorenweg) gefunden wurde. Das Plakat befindet sich jetzt in meinem Besitz. Ich habe bereits der Fahndungspolizei schriftlich und fernmündlich hiervon Kenntnis gegeben, bitte jedoch auch von dort aus die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen, damit endlich diese Wühlarbeit in der hiesigen Gemeinde unterbunden wird.“

⁹⁵ LAMer, Rep. K, Kreisverwaltung Eisleben, Nr. 83, Bl. 34.

⁹⁶ Ebenda, Bl. 36.

Dokument 22

Der Antifaschistische Ausschuß Stedten an den Antifa-Ausschuß des Mansfelder Seekreises in Eisleben, 14.12.1945.⁹⁷

„Betr.: Nazistische Propagandaarbeit in der Gemeinde Stedten

In den vergangenen Wochen und Monaten sind wiederholt Fälle nazistischer Propaganda- und Wühlarbeit in der hiesigen Gemeinde vorgekommen. Es wurden verschiedene Plakate, deren Inhalt Angriffe auf die KPD, SPD und Soldaten der Roten Armee waren, im Orte angeschlagen. Dann wurden bei früheren NSDAP-Mitgliedern Türklinken beschmiert und Klingelleitungen zerschnitten. Dies aber war eine getarnte Arbeit, die durch die Nazis selbst durchgeführt wurde.

Nach jedem Vorfall habe ich den Herrn Landrat und auch der russischen Kreiskommandantur in Eisleben Meldung erstattet.

Heute wurde mir erneut ein Sabotageakt berichtet. Im Kohlen-Tagebaubetrieb Etzdorf ist ein Starkstromkabel zerschnitten worden, so daß eine vorübergehende Stockung in der Kohlenproduktion eintreten mußte. Durch die Polizei und GPU in Eisleben wurden auf unsere Meldungen Maßnahmen ergriffen, die die Arbeit dieser nazistischen Elemente unterbinden sollten. Doch bisher haben alle getroffenen Maßnahmen in der hiesigen Gemeinde nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt.

Der hiesige Antifa-Ausschuß stellt hiermit an den Antifa-Ausschuß des Mansfelder Seekreises den Antrag, bei der russischen Militärbehörde folgendes zu erwirken:

Von unserer Gemeinde befinden sich noch weit über 100 Soldaten in russischer Kriegsgefangenschaft, die gern zu Hause sein und am Wiederaufbau mithelfen würden. Und diese Soldaten tragen keine Schuld an dem von den Nazis angezettelten Kriege. Wir bitten um Freilassung dieser Kriegsgefangenen und liefern dafür der russischen Militärbehörde eine große Anzahl ehemaliger NSDAP-Mitglieder aus, die die durch den Krieg in Rußland angerichteten Zerstörungen, deren Schuld sie Tragen, wieder aufbauen können. Dies ist unseres Erachtens das wirksamste Mittel, um die nazistische Wühlarbeit ein für allemal auszuschalten.“

⁹⁷ Ebenda, Bl. 37.

Dokument 23

Der Landrat des Mansfelder Seekreises, 09.01.1946.⁹⁸

„Der Kreisausschuß hat in seiner Sitzung vom 7. Januar 1945 für ratsam gehalten, wegen der nazistischen Propagandaarbeit in der Gemeinde Stedten mit dem Bürgermeister der Gemeinde persönlich Rücksprache zu nehmen und an Ort und Stelle die Sachlage zu überprüfen. Es ist dabei der Gedanke aufgeworfen worden, ob die Wühlarbeit überhaupt von ehemaligen Mitgliedern der NSDAP betrieben wird oder ob Querulanten und anderes unpolitisches Gesindel am Werke sind. Eine verstärkte politische Aufklärungsarbeit der antifaschistischen Parteien und eine frei von persönlichen Streitigkeiten geeinte Arbeiterbewegung sind die besten Garantien für die Beseitigung der nazistischen Propagandaarbeit...“

Dokument 24

Vermerk des Landrats vom 15.01.1946.⁹⁹

„Durch eine Besprechung mit dem Bürgermeister und dem Antifaschistischen Ortsausschuß der Gemeinde Stedten ist geklärt worden, daß der nazistischen Wühlarbeit in Stedten durch eine besonders aktive politische Arbeit der antifaschistischen Parteien begegnet werden kann. Es sind auch insbesondere verschiedene Fragen, die zu einer Mißstimmung in der Bevölkerung führen und als der beste Nährboden für die nazistische Wühlarbeit angesehen werden müssen, geklärt worden. Die Angelegenheit kann daher als erledigt betrachtet werden.“

Dokument 25

Der Landrat des Mansfelder Seekreises, 24.01.1946.¹⁰⁰

„Der plötzlich eintretende stärkere Frost – verbunden mit Schneefall – macht den Mangel an Kohlen besonders spürbar. Da für den Kreis für Hausbrand keine Kohle abgegeben werden soll, stehen praktisch viele tausend Menschen im Mansfelder Seekreis ohne Kohle da. Diese Tatsache ist einer der Gründe für die aufkommende Mißstimmung weitester Teile der Kreisbevölkerung. In unermüdlicher politischer Aufklärungsarbeit suchen die politischen Parteien die wahren Schuldigen an unserem Unglück und an unserer Notlage darzustellen und um gegenseitige Hilfe aufzurufen...“

⁹⁸ Ebenda, Bl. 35r.

⁹⁹ Ebenda, Bl. 35.

¹⁰⁰ Ebenda, Bl. 39.

Dokument 26

Der Landrat des Mansfelder Seekreises, 14.02.1946.¹⁰¹

„In Feist sind bei einem Angehörigen einer antifaschistischen Partei an einem Stalin-Bild Beschädigungen von anscheinend faschistischen Kreisen verübt worden. Ein dort angebrachter Sowjetstern ist ebenfalls entfernt. Es sind Vorkehrungen getroffen worden, der faschistischen Tätigkeit auf die Spur zu kommen.“

Dokument 27

Der Landkreis des Mansfelder Seekreises, 28.02.1946.¹⁰²

„Der derzeitige Vorsitzende des antifaschistischen Kreisblocks, ein sozialistischer Bauer, hat sich in einem Aufruf an sämtliche Bauern des Mansfelder Seekreises gewandt mit der Aufforderung, die Hälfte der ihnen zur Verfügung stehenden Freimengen an Butter und Käse für die Industriearbeiterschaft zu handelsüblichen Preisen zur Verfügung zu stellen. Diese Maßnahme bedeutet zweifellos die Schaffung der Brücke zwischen Arbeiter und Bauer.“

Dokument 28

Der Landrat des Mansfelder Seekreises, 22.03.1946.¹⁰³

„Die Berichtswoche stand im Zeichen der Großkundgebung der Mansfelder Arbeiterschaft (17.03) in Eisleben, auf der der Führer der Kommunistischen Partei Wilhelm Pieck gesprochen hat. Aus allen Teilen des Mansfelder Seekreises waren Delegationen erschienen. Außer den beiden Arbeiterparteien waren auch die Vertreter der beiden anderen antifaschistischen Parteien erschienen, um das Bekenntnis Wilhelm Piecks zur Einheit Deutschlands entgegenzunehmen.¹⁰⁴

Die von der SMA den Behörden auferlegte Verpflichtung, tausende von Arbeitern für Demontagearbeiten im Mansfelder Seekreis und für Bitterfeld zur Verfügung zu stellen, bereitet auch in politischer Hinsicht einige Schwierigkeiten. Die Behörden und Parteien müssen der aufkommenden Stimmung entgegentreten, **daß dem deutschen Volke bloß die für**

¹⁰¹ Ebenda, Bl. 42.

¹⁰² Ebenda, Bl. 44.

¹⁰³ Ebenda, Bl. 47.

¹⁰⁴ Zur Deutschlandpolitik der KPD/SED vgl. Reinhard Hübsch (Hg.), „Hört die Signale!“ Die Deutschlandpolitik von KPD/SED und SPD 1945-1970, Berlin 2001; Jochen Meiners, Die doppelte Deutschlandpolitik – zur nationalen Politik der SED im Spiegel ihres Zentralorgans „Neues Deutschland“ 1946 bis 1952, Frankfurt/M. 1987.

Reparationszwecke in Anspruch genommenen Maschinen und Werkzeuge und die Lebensgrundlage genommen werden soll. [(Sic !)
Hervorhebung i.O.; D.B.] Es muß ferner gegen die Stimmungsmacher
Front gemacht werden, die in der Demontage der Betriebe Anzeichen einer
bevorstehenden kriegerischen Auseinandersetzung sehen möchten...¹⁰⁵

Bei der Durchführung der Bodenreform hat sich hier im Kreis
herausgestellt, daß trotz der Aufteilung der Güter, das heißt des Landes und
des lebenden und toten Inventars, die einzelnen Neubauern von dem ihnen
zugeordneten Eigentum noch nicht richtig Besitz ergriffen haben. Sie
versuchen nach wie vor, die Gemeinbewirtschaftung aufrecht zu erhalten
und werden dabei von den vielfach als Neubauern gebliebenen ehemaligen
Inspektoren und Verwaltern unterstützt. Ich habe den politischen Parteien
die Aufgabe gestellt, mitzuhelfen in großzügiger Erziehungsarbeit, die
Neubauern zur Eigenbewirtschaftung, die selbstverständlich im Rahmen
der gegenseitigen Bauernhilfe durchgeführt werden soll, zu bewegen.“

Dokument 29

Der Landrat des Mansfelder Seekreises, 25.04.1946.¹⁰⁶

„Die im Kreise durchgeführten Demontagarbeiten geben vielfach
faschistischen Kreisen Anlaß zu provokatorischen Gerüchten. Polizei und
politische Parteien gehen den Gerüchtemachern nach. Diese gehen
vorsichtig ans Werk, um ihre Feststellung verhindern zu können. Im
Betriebsratszimmer eines der jetzt zur Demontage kommenden Betriebe
wurde Anfang dieses Monats ein gegen die Einheitspartei und den
Neuaufbau unserer Wirtschaft gerichtetes Plakat angeheftet. Den
nazistischen Organisationen SA usw. und ihrem Führer Adolf Hitler wurde
ein „Hoch“ ausgebracht. Die Polizei und die zuständigen russischen
Militärstellen sind mit der Verfolgung der Angelegenheit befaßt.“

¹⁰⁵ Die Arbeitskräfte wurden teilweise unter Androhung schwerer Strafen aus einem
festen Arbeitsverhältnis herausgezogen und für Demontagetätigkeiten verpflichtet. Vgl.
Dierk Hoffmann: Aufbau und Krise der Planwirtschaft. Die Arbeitskräfteelenkung in der
SBZ/DDR 1945 bis 1963, München 2002, S. 123f.

¹⁰⁶ LAMer, Rep. K, Kreisverwaltung Eisleben, Nr. 83, Bl. 52.

Dokument 30

Der Landrat des Mansfelder Seekreises, 02.05.1946.¹⁰⁷

„Die Berichtwoche stand im Zeichen der Vorbereitungen und der Durchführung des Weltfeiertages der schaffenden Bevölkerung, dem „1. Mai“. In allen Orten des Kreises fanden die Maifeiern statt. Die Bevölkerung zeigte eine innere Bereitschaft zur Teilnahme an den Feiern. Die Losungen: „In der Einheit liegt unsere Stärke“, „Kampf für Friede und Völkerverständigung“, „Forderung nach völliger Entnazifizierung unseres öffentlichen Lebens“ fanden begeisterten Widerhall. Neben diesem Kampfcharakter hatten auch Frohsinn und Geselligkeit im Rahmen des Maifeiertages ihren Platz gefunden. Außer einigen kleineren Zwischenfällen, die durch Angehörige der Roten Armee verursacht worden waren, nahmen die Veranstaltungen des „1. Mai“ im gesamten Kreise einen würdigen, guten Verlauf.“

Dokument 31

Organisationsbericht für den Monat April 1946, 9.05.1946.

„Schwierigkeiten, die aber vermieden werden können, sind durch die Demontage aufgetreten. Nicht wegen der Demontage an sich, sondern wegen der Art ihrer Durchführung. Das Verhalten der Soldaten der roten Armee war in vielen Fällen nicht dazu angetan, die Stimmung der Demontagearbeiter und darüber hinaus die Bevölkerung günstig zu beeinflussen. ... Nicht unwesentlich haben sich die Schwierigkeiten bei der Demontage in vielen davon betroffenen Gebieten ungünstig bei der Werbung neuer Mitglieder [für die SED; D.B.] ausgewirkt.“¹⁰⁸

Dokument 32

Der Landrat des Mansfelder Seekreises, 31.05.1946.¹⁰⁹

„Die für die Säuberung und Kontrolle der Wirtschaft notwendig gewordene Überprüfung der Betriebe im Mansfelder Seekreis wird von der Abteilung Wirtschaft, der landrätlichen Verwaltung und dem dafür eingesetzten Überprüfungsausschuß durchgeführt. Übereifrige und über das Ziel hinausstoßende Vorschläge einiger Gemeindevorsteher ließen in den in Frage kommenden Gemeinden oft Unruhe und Unsicherheit entstehen. Es sind dagegen Maßnahmen unternommen, die Gewähr dafür

¹⁰⁷ Ebenda, Bl. 54.

¹⁰⁸ LAMer, SED-Landesvorstand Sachsen-Anhalt, IV/L2/5/11: Monats- und Organisationsberichte 1946/47, Bl. 22f.

¹⁰⁹ LAMer, Rep. K, Kreisverwaltung Eisleben, Nr. 83, Bl. 59.

bieten, daß in der gewerblichen Wirtschaft die Sicherheit und Ordnung Einkehr hält, die die schöpferische Privatinitiative des Einzelnen nicht zum Erlahmen bringt. Nur die wirklichen aktiven Nazisten und die Kriegsverbrecher sollen zur Enteignung vorgeschlagen werden.¹¹⁰

Die im großen und ganzen im Mansfelder Seekreis abgeschlossene Demontage der Betriebe beeindruckt nach wie vor die Stimmung der Kreisbevölkerung. Die politischen Parteien und auch die öffentliche Verwaltung finden wohl bei ihren Bemühungen, den Sinn und Zweck der Demontage klarzustellen, Widerhall. Es sind jedoch Demontagearbeiten durchgeführt worden, die von der Bevölkerung als sinnlos und unzweckmäßig empfunden werden. Wenn beispielsweise Maschinen und Geräte so ausgebaut werden, daß sie andererseits gar keine Verwendung mehr finden können, weil sie durch die Demontage unbrauchbar geworden waren, so läßt das die Meinung aufkommen, daß die Demontage nicht zur Wiedergutmachung angerichteten Schadens, sondern zur Unterbinden der deutschen Produktionsmöglichkeit schlechthin durchgeführt wurde. Diese Stimmung wirkt sich in politischer Beziehung sehr schädlich aus und lähmt die für den Neuaufbau unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens erforderlichen Kräfte.“

Dokument 33

Der Landrat des Mansfelder Seekreises, 13.06.1946.¹¹¹

„Die Frage der Enteignung der Kriegsverbrecher und aktiven Nazisten wird in öffentlichen Versammlungen des Kreises eingehend besprochen. Der Bevölkerung wird Gelegenheit gegeben werden, zu prüfen, ob die Ausschüsse zur Bereinigung und Kontrolle der Wirtschaft die richtigen Entscheidungen getroffen haben. Den mittelständigen nominellen Mitgliedern der NSDAP soll damit auch die Gewißheit verschafft werden, daß sie ihr Eigentum behalten und in schöpferischer Weise ihre Tatkraft in der Wirtschaft zum Einsatz bringen können.“

¹¹⁰ Grundlage der hier angestrebten Enteignungen waren die SMAD-Befehle 124 und 126 vom 30. Oktober 1945. Diese verfügten die Beschlagnahme des gesamten Eigentums des deutschen Staates, der NSDAP, ihrer Amtsleiter und der Wehrmacht. Von der Enteignung betroffen waren aber nicht nur die Betriebe von Naziaktivisten und Kriegsverbrechern, sondern auch solche, denen nachgewiesen oder vorgeworfen wurde, unmittelbar oder mittelbar Aufträge der Wehrmacht erhalten und somit am Krieg verdient zu haben.

¹¹¹ LAMer, Rep. K, Kreisverwaltung Eisleben, Nr. 83, Bl. 61.

Dokument 34

Organisationsbericht der SED-Bezirksleitung Halle-Merseburg für Juni 1946, o.D.¹¹² zum Mansfelder Seekreis:

„Für die Entmachtung der Kriegsverbrecher wurden 37, im Durchschnitt gut besuchte öffentliche Veranstaltungen durchgeführt. Da in 27 Orten des Kreises Mangel an Arbeitskräften herrscht, stellt die FDJ der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe Stoßbrigaden zur Verfügung. 1.500 Mitglieder der FDJ sind aus dem Kreis als Stoßbrigaden aufs Land geschickt worden.¹¹³ Bei Versammlungen steht bei vielen Diskussionsrednern die Ernährungslage im Vordergrund. In einer Reihe von Großbetrieben machen sich unsere Betriebs-Funktionäre zum Sprecher gegen die Bauern. 84 Mitgliederversammlungen wurden im Vormonat [Mai; D.B.] durchgeführt.“

Dokument 35

Politischer Lagebericht für die Zeit vom 17.05 bis 22.06.1946.¹¹⁴

„Die für die Säuberung und Kontrolle der Wirtschaft notwendig gewordene Überprüfung der Betriebe des Mansfelder Seekreises ist durchgeführt. Kriegsverbrecher und aktive Nazisten aus der gewerblichen Wirtschaft sind zur Enteignung vorgeschlagen worden.“

Dokument 36

Der Landrat des Mansfelder Seekreises, 20.06.1946.¹¹⁵

„Zur Frage der Enteignung der Kriegsverbrecher und aktiven Nazisten fanden in der Berichtswoche öffentliche Versammlungen in verschiedenen Orten des Kreises statt, in denen Stellung zu der Bereinigung und Kontrolle der Wirtschaft genommen wurde.“

¹¹² LAMer, SED-Landesvorstand Sachsen-Anhalt, IV/L2/5/11: Monats- und Organisationsberichte 1946/47, Bl. 57.

¹¹³ Zum Einsatz der Jugend-Stoßbrigaden der FDJ vgl. „Vorwärts, Vorwärts zurück nicht einen Schritt. Geschichte der FDJ im Bezirk Halle, Teil 1. Von der Entstehung der Arbeiterjugendbewegung im Bezirk Halle-Merseburg bis zum Landesverband Sachsen-Anhalt der FDJ (1904-1952), Autorenkollektiv, Halle 1989, S. 171f.

¹¹⁴ LAMer, Rep. K, Kreisverwaltung Eisleben, Nr. 83, Bl. 62.

¹¹⁵ Ebenda, Bl. 64.

Dokument 37

Der Landrat des Mansfelder Seekreises, 06.07.1946.¹¹⁶

„In dem Oberröblinger Industriegebiet sind einige Waffenfunde gemacht worden. Als Täter kommen zum Teil Mitglieder der ehemaligen Hitlerjugend in Frage, die inzwischen sämtlich in Haft genommen sind. Es ist mit Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß es sich bei den Verhafteten um die Einwohner von Stedten und Umgebung handelt, die vor einigen Monaten durch Plakat- und Maueranschriften faschistische Propaganda getrieben haben.“

Dokument 38

Der Landrat des Mansfelder Seekreises, 10.08.1946.¹¹⁷

„Die Berichtswoche stand im Zeichen des beginnenden Kommunalwahlkampfes. Die Wahlaufrufe und Plakate der Parteien sind in den Gemeinden des Kreises zum Aushang gebracht. Die Wahlversammlungen werden trotz der im Gange befindlichen Erntearbeiten gut besucht. Die bekannt gegebenen Ablieferungsnormen für die Bauern werden fast durchweg als untragbar von den Beteiligten angesehen und beeindrucken auch die politische Stimmung der Bevölkerung.

Die weitere Einengung des Wohnraumes durch die neu hinzu gekommenen Umsiedler ist ebenfalls ein Anlaß zur schlechten Stimmung der Bevölkerung. Beide Momente wirken sich in politischer Beziehung dadurch aus, daß in den öffentlichen Versammlungen dazu Stellung genommen wird.“

Dokument 39

Der Landrat des Mansfelder Seekreises, 16.08.1946.¹¹⁸

„Der Kommunalwahlkampf nahm in der Berichtswoche seinen Fortgang... Die Besserung der Ernährungslage, die insbesondere dadurch eingetreten ist, daß die amtlichen Stellen mehr als bisher bemüht sind, die auf den Lebensmittelkarten garantierten Lebensmittelmengen voll zu garantieren, hebt die Stimmung der Bevölkerung.

Nach wie vor drückt jedoch die immer weitere Einengung des Wohnraumes durch die neu hinzukommenden Umsiedler und die für die

¹¹⁶ Ebenda, Bl. 66.

¹¹⁷ Ebenda, Bl. 71.

¹¹⁸ Ebenda, Bl. 72.

Mansfeld A.G. bereitzustellenden Bergarbeiter¹¹⁹ die Stimmung der Bevölkerung...“

Dokument 40

Der Landrat des Mansfelder Seekreises, 24.08.1946.¹²⁰

„Das politische Leben des Kreises erhält sein besonderes Gepräge durch den ständig lebhafter werdenden Gemeindevahlkampf. In den örtlichen Versammlungen treten jetzt vielfach den Versammlungsrednern Diskussionsredner entgegen. Im allgemeinen hält sich die Auseinandersetzung zwischen den Parteien und Organisationen doch in einem Rahmen, den man als sachlich bezeichnen kann, und in dem der Austrag persönlicher Streitereien und kleinlicher Gehässigkeiten vermieden wird.“

Dokument 41

Der Landrat des Mansfelder Seekreises, 31.08.1946.¹²¹

„In Kommunalwahlkampf zeigen sich die zwischen den Parteien bestehenden sachlichen und weltanschaulichen Meinungsverschiedenheiten, die in Diskussionen und in Plakataufrufen zum Ausdruck kommen. Verschiedene ehemals deutschnational eingestellte Personen suchen und finden zum Teil in der LDP und CDU das Feld für ihre politische Betätigung, obwohl ihre Wandlung zur demokratischen Gesinnung kaum anzunehmen ist. Der Meinungskampf zwischen den Parteien findet auch seinen Niederschlag in den im Kreise erscheinenden Zeitungen.“

¹¹⁹ Für die Arbeit im Kupfererzbergbau der Mansfeld A.G. und der mit ihr verbundenen kupferverarbeitenden Betriebe wurden sowohl im Mansfelder Seekreis als auch im Mansfelder Gebirgskreis Vertriebene ansiedelt. Grundlage dafür war der SMAD-Befehl Nr. 124 vom 29. April 1946, welcher im Kupfererzbergbau einen Arbeitskräftebedarf feststellte, der durch zusätzliche Arbeitskräfte gedeckt werden mußte. Die Erfüllung des Bedarfs erwies sich als schwierig, so daß es aus der wirtschaftlichen Notwendigkeit heraus zur Verknüpfung von wirtschaftspolitischen und gesellschaftspolitischen Aspekten kam. Im Zuge dieser Entwicklung wurden Vertriebene, im amtlichen Jargon der SBZ/DDR verharmlosend „Umsiedler“ genannt, gezielt angeworben. Auch nach der Erfüllung des Befehls im März 1947 hielt der Bedarf des Unternehmens und damit auch die Ansiedlung von Vertriebenen, bis 1949, an. Vgl. Spuhn: Studien zur Aufnahme, S. 3, S. 60ff.

¹²⁰ LAMer, Rep. K, Kreisverwaltung Eisleben, Nr. 83, Bl. 73.

¹²¹ Ebenda, Bl. 74.

Dokument 42

Politischer Lagebericht für die Zeit vom 18.08. bis 17.09.1946.¹²²

„Der Wahltag hat gezeigt, daß die Bevölkerung nahezu hundertprozentig von ihrem Stimmrecht Gebrauch machte. In den Gemeinden, in denen nur ein Wahlvorschlag eingebracht werden konnte, da keine vertretungsberechtigten Organisationen vorhanden waren, drückte sich das Recht der freien Meinungsäußerung durch die Abgabe ungültiger Stimmzettel aus. Die Wahlhandlung verlief ohne Störungen.“

Dokument 43

Stand der Parteiorganisation in der Provinz Sachsen Anfang Oktober 1946, 7.10.1946¹²³

„Mansfelder Seekreis:

...Das Resultat der Gemeindewahlen hat uns gezeigt, daß überall dort, wo die Ortsgruppen gemäß der vom Kreissekretariat ergangenen Anweisungen dazu übergegangen waren, die Parteimitglieder in der letzten Woche restlos zu mobilisieren, der Masseneinfluß unserer Partei sehr gut war. Die Verfehlungen von einzelnen Gemeindevorstehern oder Funktionäre haben sich – auch wenn eine Bereinigung im Ort bereits erfolgt war – ausnahmslos schädigend für unsere Partei ausgewirkt. Das Wahlergebnis im Mansfelder Seekreis hat gezeigt, daß es dort bereits gelungen ist, einen beachtlichen Einfluß bei den Bauern zu bekommen. In den Ortschaften, in denen vor 1933 die ehemalige KPD und SPD so gut wie keine Stimmen erhalten haben, können wir bei der Gemeindewahl 70-75% der abgegebenen Stimmen für die SED vereinigen.“

Dokument 44

Der Landrat des Mansfelder Seekreises. Politischer Lagebericht für die Zeit vom 17. Dezember bis 15. Oktober 1946, 17.10.1946.¹²⁴

„Die Berichtswoche stand im Zeichen des Wahlkampfes zu den Kreistags- und Landtagswahlen. Die Versammlungen der antifaschistischen Parteien sind im allgemeinen schwach besucht. Es herrscht allgemein der Gedanke vor, daß die Wählerschaft durch den vorhergehenden Gemeindewahlkampf bereits unterrichtet ist, welche Entscheidung sie zu treffen hat und welcher Partei sie ihre Stimme geben wird. Stärkeren Besuch weisen lediglich die

¹²² Ebenda, Bl. 76.

¹²³ LAMer, SED-Landesvorstand Sachsen-Anhalt, IV/L2/5/11: Monats- und Organisationsberichte 1946/47, Bl. 126ff., hier Bl. 136.

¹²⁴ LAMer, Rep. K, Kreisverwaltung Eisleben, Nr. 83, Bl. 82, Bl. 86.

Versammlungen des Landrats auf, der im Rahmen des Wahlreferats den Rechenschaftsbericht über die bisher geleistete Arbeit erstattet. In den letzten Tagen vor dem 20. Oktober steigerte sich die Versammlungstätigkeit der antifaschistischen Parteien beträchtlich.

Die Volksmeinung über die Nürnberger Urteile geht nach wie vor dahin, daß die ausgesprochenen Gefängnisurteile und die Freisprüche keine Sühne für die dem deutschen Volke angetane Schmach darstellen. Es wird die Forderung erhoben, alle Kriegsverbrecher, auch die nicht in Nürnberg unter Anklage standen, vor ein deutsches Gericht zu stellen.“

Dokument 45

Der Landrat des Mansfelder Seekreises, 25.10.1946.¹²⁵

„Der Wahlkampf ist entschieden. Die Wählerschaft ist wiederum 100prozentig zur Wahlurne getreten. Zu einem erheblichen Teile, nämlich zu 28,74%, hat sie sich für die LDP und zu 18,85% für die CDU entschieden. Die an der Verantwortung ausschließlich beteiligte SED vermochte einen Stimmenanteil von 50,16% auf sich zu vereinen. Die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe erreichte einen Stimmenanteil von 2,26%.¹²⁶ Verschiedene Maßnahmen vor der Wahl, beispielsweise das Verbot der Hausbrandausgabe, fanden bei weiten Teilen der Wählerschaft kein Verständnis und veranlaßte umso mehr zur Oppositionsstellung, weil der Grund für diese Maßnahmen nicht einzusehen ist. Nach den mir vorliegenden Berichten sind beispielsweise die Lager der im Mansfelder Seekreis liegenden Gruben mit Kohle bis oben angefüllt. Trotzdem besteht das Verbot, an Privathaushalte, an Bäckereien und sonstige Einrichtungen Kohlen herauszugeben.“

¹²⁵ Ebenda, Bl. 84.

¹²⁶ Auf welche Wahl sich diese Prozentwerte beziehen, wird hier nicht deutlich. Bei den am 20. Oktober 1946 in der Provinz Sachsen durchgeführten Wahlen zum Provinziallandtag verteilten sich für den Mansfelder Seekreis die abgegebenen und gültigen Stimmen folgendermaßen auf die zur Wahl angetretenen politischen Parteien und Organisationen: LDP 28,8%, CDU 18,9%, SED 50,1%, VdGB 2,2%. Vgl. Tullner: Zwischen Demokratie, S. 91. Ebenfalls am 20. Oktober 1946 wurden in der Provinz Sachsen Kreistagswahlen durchgeführt. Hier erreichten im Mansfelder Seekreis bei einer Wahlbeteiligung von 92,6% die SED 50,2%, die LDP 28,7%, die CDU 18,8% und die VdGB 2,3% der Stimmen.

Dokument 46

Der Landrat des Mansfelder Seekreises, 04.11.1946.¹²⁷

„Die Stimmung in der Bevölkerung wird nach wie vor von dem Verbot der Hausbrandabgabe nachhaltig beeinflusst. Ernährungsfragen sowie der Mangel an Bekleidung und an Schuhen, sowie die Schwierigkeiten in der Erfüllung des Ablieferungssolls kennzeichnen die Lage, in der sich die Kreisbevölkerung befindet. Die Spannkraft der Bevölkerung läßt erheblich nach.

Die antifaschistischen Parteien und Organisationen sind gezwungen, dieser Sachlage Rechnung zu tragen und bei den zuständigen zentralen Stellen auf mögliche Linderung der Notlage zu bestehen.“

Dokument 47

Organisationsbericht für September/Okttober 1946, o.D.

„Unter dem Eindruck persönlicher Verfehlungen von Bürgermeistern und persönlicher Differenzen unter Funktionären wurde die Wahl am 8.9. durchgeführt. Dieser Umstand ist behoben. Trotzdem ließ der Versammlungsbesuch im allgemeinen zu wünschen übrig. Eine zur Gemeindevahl in Erscheinung getretene Flüsterpropaganda über das unmittelbare Bevorstehen kriegerischer Auseinandersetzungen ist durch die Erklärung des Genossen Stalin verstummt.

Durch Hetze und Provokation gegen die bestehenden demokratischen Einrichtungen wurde unter den Umsiedlern seitens der CDU und LDP die Ansicht vertreten, daß nur sie für die Rückgabe der Ostgebiete kämpften. Von einem beachtlich großen Teil der Kreisbevölkerung wurde die Wahl nicht als eine politische, sondern als eine gegen die bestehende Ordnung (Besatzungsmacht) gewertet. Ganz besonders gibt das Wahlergebnis der Stadt Eisleben zu denken, in der am 20. Oktober die LDP die absolute Mehrheit erobert hat. Wir verloren dort 1.100 Stimmen, während die LDP 2.000 gewann. Das Sekretariat hat Maßnahmen in die Wege geleitet, um durch eine intensive Agitation sowie durch persönliche Werbung diese Scharte auszuwetzen. Ein Vorschlag ist unter anderem, das Bürgertum im Wohnraum einzuengen...

Ein besonderes Merkmal der Propaganda unter der Jugend und den Jungwählern ist, daß sie die Meinung vertreten, daß neben den Opfern des Faschismus, die als Helden und Märtyrer geehrt wurden, der deutsche Soldat ebenfalls durch die neue demokratische Ordnung gewürdigt werden

¹²⁷ LAMer, Rep. K, Kreisverwaltung Eisleben, Nr. 83, Bl. 85.

soll. Diese Propagandamaßnahmen dürfte ihren Ursprung in den Kreisen der Eislebener LDP finden...¹²⁸

Dokument 48

Der Landrat des Mansfelder Seekreises, 19.11.1946.¹²⁹

„In der Ablieferung der landwirtschaftlichen Produkte, die bis zum 30. November hundertprozentig durchgeführt sein soll, treten nach wie vor Schwierigkeiten auf...

Es wurde aber auch festgestellt, daß viele Bauern wegen Düngermangels und Naturereignissen Gefahr laufen, bei ehrlicher und restloser Ablieferung ihrer Erzeugnisse ihre eigene Ernährung, die Ernährung ihrer Arbeiter, die Futtermittelversorgung ihres Viehes und ihr Saatgut für das nächste Frühjahr in Frage stellen. Da nach den bisher geltenden Vorschriften in allen Fällen auf einer 100%igen Ablieferung der Produkte bestanden werden muß, führt der auf allen Bauern lastende Druck zu einer verzweifelten Stimmung in den Reihen der Bauern und Landarbeiter.

Von den verantwortlichen politischen Stellen im Kreise wird zweifellos nicht verkannt, daß auf eine restlose Ablieferung der Produkte gedrungen werden muß, wenn die auf den Lebensmittelkarten garantierten Lebensmittelrationen aufrecht erhalten werden sollen. Andererseits kann aber dem gesunden und anständigen Bauern die Grundlage seiner Existenz nicht entzogen werden, da sich das letzten Endes doch wiederum für die Zukunft in verschärften Maße auf die Ernährungsgrundlage unseres Volkes auswirken muß.

Auch der anhaltende Mangel an Heizmaterial legt sich beklemmend auf die Stimmung der Kreisbevölkerung...“

¹²⁸ LAMer, SED-Landesvorstand-Sachsen-Anhalt, IV/L2/5/11: Monats- und Organisationsberichte 1946/47, Bl. 164ff., hier Bl. 181.

¹²⁹ LAMer, Rep. K, Kreisverwaltung Eisleben, Nr. 83, Bl. 87.

Dokument 49

Der Landrat des Mansfelder Seekreises, 22.11.1946.¹³⁰

„Der amtlicherseits stark ausgeübte Druck, bis zum 30.11.1946 die landwirtschaftlichen Erzeugnisse hundertprozentig abzuliefern, drückt die politische Stimmung der Bevölkerung ganz erheblich. Die politischen Parteien, die aufgerufen sind, ebenfalls sich für die restlose Ablieferung der Produkte einzusetzen und gegen das Schiebertum und gegen die Kräfte des schwarzen Marktes einzutreten, werden künftig stark bemüht sein müssen, ihre Organisation auf dem Lande stabil zu erhalten.“¹³¹

Dokument 50

Der Landrat des Mansfelder Seekreises, 09.12.1946.¹³²

„Die politischen Parteien bemühen sich, der ländlichen Bevölkerung klarzumachen, daß die Ehrlichkeit in der Ablieferung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse unter allen Umständen obwalten muß. Die Parteien sind aber auch bemüht dafür zu sorgen, daß die unverschuldet mit ihrer Ablieferung in Verzug geratenen Bauern mit keinen nachteilen irgendwelcher Art – Bestrafung usw. – zu rechnen haben. Die in eine arge Notlage geratenen Bauern erwarten, daß die politischen Parteien sich für eine Behebung ihrer Notlage einsetzen.“

¹³⁰ Ebenda, Bl. 89.

¹³¹ Ein Vertrauensverlust drohte den politischen Parteien und der öffentlichen Verwaltung nicht nur unter der Landbevölkerung, sondern, „wie einem vertraulichen Bericht des Wirtschaftsministers von Sachsen-Anhalt vom August 1947 zu entnehmen ist, bestand die Gefahr eines Vertrauensverlustes unter der gesamten Bevölkerung, wenn nicht bald Verbesserungen in der Lebenslage eintreten. Zu den akuten Nöten zählte dieser die schon erwähnten Wohnungsprobleme, der Mangel an Kleidung und Nahrung sowie an Brennstoffen.“ Zitiert bei Spuhn: Studien zur Aufnahme, S. 89; Manfred Wille: Die Industrie Sachsen-Anhalts im Spannungsfeld zwischen Neuaufbau, Besatzungsregime und gesellschaftlichen Umbrüchen 1945-1947, in: Christoph Buchheim (Hg.): Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995, S. 141-168, hier S. 167.

¹³² LAMer, Rep. K, Kreisverwaltung Eisleben, Nr. 83, Bl. 91.

Dokument 51

Politischer Lagebericht für die Zeit vom 16.11. bis 14.12.1946.¹³³

[In Bezug auf die in den Dokumenten 49 und 50 geschilderten Probleme der Durchsetzung vorgegebener Abgabebestimmungen für landwirtschaftliche Produkte und die schwierige Lage der politischen Parteien im ländlichen Raum heißt es hier; D.B.]:

„...Diese alles überschattende Sorge bringt es mit sich, daß sich die ländliche Bevölkerung recht wenig in den Meinungs-austausch über den so überaus wichtigen Verfassungsentwurf der SED¹³⁴ einbezogen werden kann...

Von den politischen Parteien wurde also mit Recht befürchtet, daß ihnen die Grundlage ihrer politischen Arbeit auf dem Lande vielfach entzogen wurde. Die SED ist deshalb auch bemüht, bei den zuständigen Stellen den wirklich bedürftigen Bauern, die restlos ihre Erzeugnisse ablieferten und deshalb in eine Notlage gerieten, die erforderliche Hilfe zu verschaffen. Das Ergebnis der Bemühungen steht allerdings noch aus.“

Dokument 52

Stand der Parteiorganisation in der Provinz Sachsen-Anhalt vom Ende 1946.¹³⁵

„Mansfelder Seekreis:

Gestützt auf die Provinzparteiarbeiterkonferenz wurde die Partei auf die Mobilisierung der Bevölkerung zum Verfassungsentwurf eingestellt. Die Betriebsgruppen des Landratsamtes, Stadtverwaltung, Krughütte und Freiheit nahmen in öffentlichen Versammlungen Stellung zum Verfassungsentwurf. An 10 großen Tafeln wurden Auszüge aus dem Verfassungsentwurf in der Öffentlichkeit angebracht. Der antifaschistische Block trat zweimal zusammen zur weiteren Säuberung der Verwaltung und Wirtschaft von ehemaligen Nazis...“

¹³³ Ebenda, Bl. 93.

¹³⁴ Zum Verfassungsentwurf der SED vgl. Wolfgang Triebel: Otto Grotewohl und die Verfassungsdiskussionen in Deutschland 1946 bis 1949 (= Hefte zur DDR-Geschichte 39), Berlin 1996.

¹³⁵ LAMer, SED-Landesvorstand Sachsen-Anhalt, IV/L2/5/11: Monats- und Organisationsberichte 1946/47, Bl. 240ff., hier Bl. 247.

Dokument 53

Anonymes Schreiben an den Landrat des Mansfelder Seekreises vom 31.10.1946.¹³⁶

„Werte Genossen

In Zukunft bitte ich Euch, mit Eurer Zeitungspropaganda das Volk nicht noch verhöhnen zu wollen, denn dieser Zeitungsausschnitt,¹³⁷ welchen ich beifüge, spottet doch aller Beschreibung. Oder sollen wir vielleicht mit Eurer Reklame unsere Räume heizen. Wir zum Beispiel haben schon seit vier Tagen keine Kohlen mehr und bekommen auch trotz vieler Bemühungen nicht ein Zentner Briketts. Wir haben ja auch nichts zu bieten.

Daß nach dem Zusammenbruch der Aufbau sehr schwierig ist, wissen und verstehen wir. Aber daß die Herren, welche man an die Spitze des Volkes setzt, ihren Dienst nicht ehrlich und korrekt durchführen, verstehen wir nicht; denn solche Schweinereien, wie sie auf dem Landratsamte vorkommen, sind einfach unglaublich.

Ein Schieber will den anderen übertreffen.

Werte Bonzen nur so weiter, wir wollen gerne für Euch hungern und frieren.

Bonzen gingen, Bonzen kamen – Amen.“

Dokument 54

Politischer Lagebericht für die Zeit vom 01.05. bis 31.05.1947.¹³⁸

„Der Mangel an Verkehrsmitteln und die mangelhafte Ausrüstung der wenigen noch vorhandenen Lastkraftwagen tritt immer offener an den Tag beim notwendigen Transport von Lebensmitteln, Kohle, Brennholz usw.

Diese Schwierigkeiten auf wirtschaftlichen Gebiete berühren auch jeden Einwohner des Kreises. Ein an Zahl nicht geringer Teil der Einwohner sieht die Ursache dieser Schwierigkeiten in den Befehlen der Besatzungsmacht. Der Hinweis, daß die wirtschaftliche Not nur das Ergebnis der nationalsozialistischen Politik und des verbrecherischen Krieges ist, wird leider zu wenig beachtet. Auch auf dem Gebiet der Ernährungsverteilung herrscht sehr viel Unzufriedenheit...

Diese Ernährungsschwierigkeiten sind natürlich nicht dazu angetan, die Stimmung der Bevölkerung zu heben.

¹³⁶ LAMer, Rep. K, Kreisverwaltung Eisleben, Nr. 83, Bl. 96.

¹³⁷ Ebenda, Bl. 96b (Anlage). Dieser Zeitungsausschnitt enthält die überaus fettgedruckte Losung: „Wir schaffen Kohle für die Bevölkerung“.

¹³⁸ Ebenda, Bl. 113.

Am Vorabend des 1. Mai hatten eine Frau und ein junges Mädchen den Fackelumzug der Kinder benutzt, um ausgeschnittene Hakenkreuze zu verteilen. Die Täter konnten festgestellt werden und sind der Polizei übergeben worden.

Am 20. Mai fand ein Angestellter des Landratsamtes an einem Telegraphenmast auf der Reichsstraße 80 zwischen Langenbogen und Rollsdorf einen Zettel in Schreibmaschinenschrift, auf dem in Gedichtsform die Demokratie, die Parteiführer Pieck und Grotewohl glossiert werden. Die hiesige Kriminalpolizei wurde hiervon benachrichtigt.

Ende Mai habe ich feststellen müssen, daß in der Kreisverwaltung ein gleiches Gedicht von zwei weiblichen Angestellten auf der Schreibmaschine der Verwaltung abgeschrieben wurde. Die beiden Mädels und ein Angestellter wurden von mir fristlos entlassen. Die Angelegenheit beschäftigt auch die hiesige Polizei.“

Autoren

Hagen Jahn Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für
Musikwissenschaften an der Martin-Luther-
Universität Halle-Wittenberg

Frank Hirschinger Dr. phil., Halle

Daniel Bohse Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für
Geschichte an der Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte

Herausgeber: Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper † (Heft 1-14)
Dr. Jana Wüstenhagen, Daniel Bohse (ab Heft 15)
Lehrstuhl für Zeitgeschichte
Institut für Geschichte
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
06099 Halle

Heft 7 / 2000

Mit Beiträgen von Frank Hirschinger, Dr. Robert Grünbaum, Inga Grebe und Matthias Uhl.

Heft 8/ Sonderheft / 2000

Mit Beiträgen von Moshe Zuckermann, Jan Gerber, Sindy Schmiegel, Friederike Dietzel, Stefan Trute, Daniel Bohse, Gerrit Deutschländer, Michael Hecht, Manuela Sutter, Lars Skrowonski, Konstanze Krüger, Andreas Mohrig.

Heft 9 / 2001

Mit Beiträgen von Victor Artemov, Manfred Müller, Daniel Bohse und Carel Horstmeier.

Heft 10 / 2001

Mit Beiträgen von Jan Gerber, Christina Schröder, Jana Wüstenhagen/Karsten Rudolph und Georg Wagner-Kyora.

Heft 11 / 2002

Mit Beiträgen von Andreas Malycha, Anjana Buckow und Ulrich Pfeil.
Zeitzeugen: Herbert Priew und Hans-Dieter Nover.